



Zitat

"Weniger Geld, aber mehr Autonomie für die Hochschulen beim Verteilen der zu knappen Mittel ist der neue Politikertrick"

Kurt Reumann
in der FAZ vom 8.5.95

Pädagogische Woche auf Schatzsuche

Unter dem Motto „Schatzsuche statt Fehlerfahndung“ steht die zwölfte Pädagogische Woche, die vom 18. bis 22. September in der Universität stattfindet. Mit dem Tagungsmotto sollen vor allem PädagogInnen angesprochen werden, die sich mit neuem Blick für ihre Schülerinnen und Schüler von der traditionellen „Lehr-Rolle“ lösen wollen - abseits hierarchischer Strukturen und überfüllter Stoffpläne. Die Programme werden Anfang August verschickt. Sie können ab sofort unter Beifügung von Briefmarken im Wert von vier Mark angefordert werden: Zentrum für Pädagogische Berufspraxis (ZpB) der Universität, 26111 Oldenburg.

Großes Turnier im Badminton

Vom 23. bis 25. Juni finden die Internationalen Deutschen Badminton-Hochschulmeisterschaften in Oldenburg statt. Organisiert wird die Veranstaltung, zu der 300 Aktive, darunter auch internationale SpitzenspielerInnen, erwartet werden, von einer Gruppe Oldenburger StudentInnen um den Sportstudenten und Badmintonspieler Jochen Heumos. Hauptveranstaltungsort ist das Sportzentrum Eversten. Nur am Sonnabend wird auch in der Universitäts-sporthalle gespielt. Die Endspiele beginnen am 25. Juni ab 11.00 Uhr. Weitere Informationen unter Tel.: 0441/84098.

Erstmals: Tag der Forschung

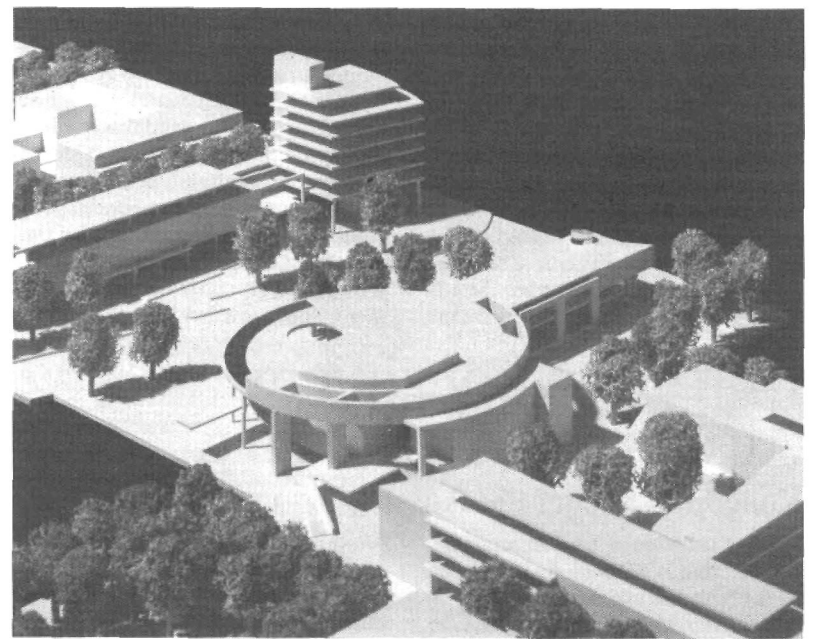
Am 23. September 1995 veranstaltet die Universität Oldenburg zum ersten Mal einen „Tag der Forschung“ und beteiligt sich damit an einer von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in Szene gesetzten bundesweiten Aktion, um die Öffentlichkeit auf die Bedeutung der Forschung hinzuweisen und den anhaltenden Kürzungen in diesem für die Gesellschaft lebenswichtigen Bereich entgegenzuwirken. Insgesamt beteiligen sich an der Veranstaltung, die auf den Standort Wechloy konzentriert wird, über 20 Forschungsteams und -projekte vornehmlich aus den Naturwissenschaften und der Informatik, aber auch aus den Geisteswissenschaften. Außerdem präsentiert die Fachhochschule zwei Projekte aus dem technischen Bereich. Organisiert wird die Veranstaltung, in deren Rahmen auch ein Empfang für die VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Kultur stattfinden soll, von der Arbeitsstelle DIALOG (Weitere Informationen über Tel.: 798-2916).

Senat verabschiedete Streichkonzept

Fast nur Professuren fallen Rotstift zum Opfer / Regionalplanung und Geographie am stärksten betroffen

Nach über vierstündiger Debatte hat der Senat auf einer Sondersitzung am 24. Mai einen schmerzhaften Schnitt vollzogen und die vom Wissenschaftsministerium verfügbaren Stellenstreichungen im Rahmen des niedersächsischen Einsparprogramms vollzogen. Der Senat stimmte bei einer Enthaltung und gegen die studentischen VertreterInnen dem Vorschlag der Planungskommission zu, der die Streichung von insgesamt 10 Professuren vorsieht. Hinzu kommen zwei Professuren und zwei wissenschaftliche MitarbeiterInnenstellen, die bereits im Hochschulentwicklungsplan unter k.w. (kann wegfallen) vermerkt waren. Die Gesamtzahl der Stellen entspricht 30 Stellenäquivalenten, mit denen die Universität belegt ist. Das Ministerium rechnet eine Stelle mit 60.000 Mark. Am stärksten traf es in Oldenburg die Stadt- und Regionalplanung sowie die Geographie. Die beiden Fächer müssen drei Professuren sowie noch nicht genau bestimmte Stellen im Wert von 150.000 Mark abgeben. In der Konsequenz heißt dies: Der Diplom-Studiengang Stadt- und Regionalplanung sowie der Magisterstudiengang Geographie werden nicht fortbestehen können. Der Geograph Prof. Dr. Rainer Krüger versuchte mit einer leidenschaftlich vorgetragenen Rede, das Unheil abzuwehren. Er verwies auf die guten Chancen der AbsolventInnen und auf das vorliegende Konzept für einen grundständigen und von beiden Fächern getragenen Studiengang Raumplanung. Dabei wiederholte er seine heftigen Angriffe gegen die Universitätsleitung, die mit falschen Karten gespielt habe (siehe UNI-INFO 4/95). Doch diese Interventionen kamen zu spät. Zu lange hatten insbesondere die Raumplaner die Zügel schleifen lassen und sich zudem durch interne Auseinandersetzungen blockiert. Immer we-

niger konnte in den vergangenen Jahren ein angemessenes Lehrangebot sichergestellt werden. Das dann auf Vorschlag des Präsidenten entwickelte neue Konzept beider Fächer wurde mit zusätzlichen Stellenforderungen verbunden (dazu auch auf Seite 2: „Strategie des Aussitzens gescheitert“). Daxner verteidigte nachdrücklich das Konzept der Planungskommission, die in die Zukunft geschaut habe und nicht den Verlockungen erlegen gewesen sei, alle Fachbereiche gleichmäßig zu belasten. Auch sei es richtig gewesen, sich auf Professuren zu konzentrieren - nicht nur, weil eine Professorenstelle die höchste Summe einbringe, sondern insbesondere, weil es in Oldenburg weniger an ProfessorInnen als an wissenschaftlichen MitarbeiterInnen mangle. Stellen aus dem Verwaltungsbereich und Dienstleistungsbereich (MTV) seien nicht infrage gekommen. Dennoch werde auch dieser Bereich seinen Beitrag zu den auferlegten Einsparungen aufbringen müssen. Neben Regionalplanung und Geographie sind von den Streichungen die Fächer Politikwissenschaft, Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Jura, Physik, Chemie und Slavistik betroffen. Ausdrücklich als Erfolg wurden von mehreren Rednern - so auch von Krüger - die Verhandlungen der Universitätsleitung mit dem Ministerium über die Stellenstreichungen bezeichnet. Die Universität Oldenburg sei mit den 30 Stellenäquivalenten von insgesamt 1140, die den niedersächsischen Hochschulen aufgebürdet wurden, mit einem blauen Auge davongekommen. Daxner fand denn auch lobende Worte für das Wissenschaftsministerium: dessen Politik könne man unterstützen, nicht aber die des Finanzministeriums.



Modell des Hörsaalzentrums nach dem Entwurf des Hamburger Architektenbüros v. Gerkan, Marg und Partner

Start für Wissenschaftskolleg und Hörsaalzentrum noch '95

Trotz sonst leerer Staatskassen zwei große Projekte

Trotz leerer Staatskassen werden zwei langfristig geplante Großprojekte der Universität Oldenburg noch in diesem Jahr in Angriff genommen: das Hanse-Wissenschaftskolleg Oldenburg/Bremen und das Hörsaalzentrum, das an der Ecke Ammerländer Heerstr./Uhlhornsweg errichtet wird. Noch vor den Wahlen machte die Bremer Bürgerschaft den Weg für die Grün-

dung des Hanse-Wissenschaftszentrums endgültig frei. Das Zentrum, in dem Oldenburger und Bremer WissenschaftlerInnen projektorientiert mit in- und ausländischen KollegInnen ohne sonstige Verpflichtungen forschen werden können, wird in Delmenhorst entstehen und insgesamt acht Millionen Mark an Investitionen erfordern. Auf jährlich 4,5 Millionen Mark sind Personal- und Sachkosten angesetzt. Schon im Sommer wird eine hochkarätig besetzte Findungskommission darüber beraten, nach welchen Kriterien die wichtige Position des Leiters besetzt werden soll. Der Grundstein für das Hörsaalzentrum wird voraussichtlich noch im Herbst gelegt. Neben drei Hörsälen mit 400 und zweimal 200 Plätzen, die durch flexible Wände zu einem großen Kongressaal zusammengeführt werden können, entstehen außerdem sechs Seminarräume in dem ca. 23 Millionen Mark teuren Gebäude. Zeitgleich wird auf dem gegenüberliegenden Gelände ein privat betriebenes Hotel mit etwa 150 Betten und einer Ladenzeile errichtet, so daß die Universität dann über beste Voraussetzungen zur Durchführung großer Tagungen verfügt. Mit der Realisierung beider Komplexe, die in zwei Jahren fertiggestellt sein sollen, wird ein Generalunternehmer beauftragt.

Preis und Leistung

Zwischen den niedersächsischen Hochschulen bestehen z.T. erhebliche „Preis-Leistungs“-Unterschiede. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der HIS GmbH (Hannover). Danach schwanken z.B. im Fach Physik die Ausgaben pro Student zwischen 30.277 DM (Uni Osnabrück) und 20.261 DM (Uni Hannover). Oldenburg liegt bei 28.381 DM. Während Osnabrück die Studie als untauglich kritisiert hat, sieht das Wissenschaftsministerium in ihr einen Ansatz, um Vergleiche auch bei sehr unterschiedlichen Organisationsstrukturen ziehen zu können.

Heinz-Neumüller-Stiftung für Doktoranden

CeWe-Color-Gründer stiftet eine Millionen Mark für wissenschaftlichen Nachwuchs

Als Ausdruck der inzwischen guten Verbindung von Wirtschaft und Universität in der Region sieht Präsident Prof. Dr. Michael Daxner die von CeWe-Color-Gründer und Hauptaktionär Heinz Neumüller gegründete Stiftung zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die nach dem Unternehmer benannte Stiftung wird, wie es in der Stiftungsurkunde heißt, „vorerst“ mit einer Millionen Mark ausgestattet und soll Doktoranden aus den Bereichen Wirtschafts-, Natur- und Rechtswissenschaften sowie aus technischen Fachbereichen zugute kommen.

Die Gründung der Stiftung sei sowohl Anerkennung der persönlichen Leistung von besonders erfolgreichen StudentInnen und der Institution, an der die jungen Menschen ausgebildet würden. Daxner nutzte die Anwesenheit zahlrei-



cher prominenter VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft, um auf die fatale Auszehrung der Universitäten hinzuweisen. Die Gesellschaft habe den gewaltigen bildungs- und sozialpolitischen Erfolg der Expansion in den 60er- und 70er Jahren schlecht verkraftet. Nicht die Politik trage allein dafür die Verantwortung, manche Probleme seien hausgemacht. Doch lasse auch die Öffentlichkeit die Universität im Stich, die sich zu sehr daran gewöhnt habe, daß Wis-

senschaft einfach da sei. Wieviel sie aber koste, wenn sie gut sein solle, sei oft nicht bekannt. Gut aber müsse sie sein, um die Überlebensprobleme der Menschen zu lösen. Die Stiftung sei besonders geeignet dafür, darauf hinzuweisen, daß Menschen in diesem Staat für ihre Hochschulen Verantwortung übernehmen müßten, wenn diese die geforderten Leistungen erbringen sollten. Daxner sagte weiter, in Oldenburg und seiner Region sei es gemeinsamer gelunge, eine beispielhafte Kooperation zwischen Universität, Wirtschaft und Politik zu befestigen - langsam, aber um so tragfähiger über die Parteigrenzen und Weltanschauungen hinweg. Nach Willen von Neumüller sollen durch die Stiftung nur Geld- und Sachzuwendungen sowie Stipendien gewährt werden, die nicht der Sicherung des Existenzminimums dienen. Gefördert werden Doktoranden, die sich „durch Können, Initiative und Verantwortung“ ausgewiesen haben. Die Stiftung wird von CeWe-Color-Manager Dr. Rolf Hollander als Vorstand und von einem Kuratorium gelenkt, dem neben Neumüller der Präsident der Industrie- und Handelskammer und der Präsident der Universität sowie der Vorsitzende der Universitätsgesellschaft und der Bremer Rechtsanwalt Dr. Heinrich Fricke angehören.

Wie effektiv sind Kuren für Kinder?

Untersuchung Oldenburger SoziologInnen für LVA

Die Universität Oldenburg und die Landesversicherungsanstalt Oldenburg/Bremen haben einen Kooperationsvertrag geschlossen, der eine längerfristige Zusammenarbeit beider Einrichtungen einleitet. Erste Maßnahme ist ein Auftrag der LVA an die Forschungsgruppe um die Familiensoziologin Prof. Dr. Rosemarie Nave-Herz, die die Effektivität von Kinderkuren und Heilbehandlungen nicht nur bei Kurende, sondern auch im Hinblick auf den Langzeiteffekt untersuchen will.

Bei dem Untersuchungsansatz gehen die SoziologInnen davon aus, daß der Heilerfolg einerseits auf bestimmte Bedingungen im Rahmen des stationären Aufenthaltes zurückzuführen ist, andererseits aber auch die zeitweise Trennung des Kindes aus dem Familiensystem für den Heilprozeß von Bedeutung ist. Hierzu soll eine Totalerhebung der 1992 bis 1994 stationär eingewiesenen Kinder im LVA-Bezirk Oldenburg/Bremen durchgeführt werden.

Über 1000 Kinder bis 17 Jahre werden in dieser Untersuchung erfaßt. Zusätzlich sollen auch die einweisenden Ärzte befragt werden, um deren Praxis und Probleme bei der Einweisung von Kindern zu ermitteln. Aus den Ergebnissen des Projektes, für das 200.000 Mark zur Verfügung stehen, sollen Vorschläge für eine Effektivitätssteigerung der stationären Behandlung von Kindern abgeleitet werden.

LVA-Vorstandssprecher Arno Kalkowski betonte anlässlich der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages das große Interesse der LVA an weiterer Zusammenarbeit mit der Universität. Als größter Sozialversicherungsträger sei sie insbesondere an der Mitarbeit beim Aufbau eines Studienganges "Gesundheitswissenschaften/öffentliches Gesundheitswesen" (Public Health) interessiert, der durch Kooperation der Universitäten Oldenburg, Bremen, Groningen und Twente über die Grenzen hinweg möglich werden könne.

Hoffmann konzipierte Auschwitz-Ausstellung

Kongreß begleitet die Ausstellung in Krakau

Repräsentationen von Auschwitz - 50 Jahre in Schwarz und Weiß und Farbe" heißt eine ungewöhnliche Ausstellung, die vom 11. Juli bis 19. August 1995 in Krakau zu sehen ist. Es handelt sich dabei um eine kritische Reflexion der zahllosen Versuche, das Grauen des Holocaust in Bilder und Worte zu fassen. Die Ausstellung bildet den Abschluß des Tempus-Projekts „Demokratische Gesellschaft und sozialer Wandel in Europa nach Auschwitz“, an dem die Universität Krakau, das Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau, das Oxford Centre for Hebrew and Jewish Studies sowie die Carl von Ossietzky Universität

beteiligt sind. Die Ausstellung wurde von dem Kunsthistoriker Prof. Dr. Detlef Hoffmann konzipiert. An der Realisierung waren Studierende und AbsolventInnen aus Oldenburg ebenso wie Stipendiaten der Partneruniversitäten beteiligt.

Zu Beginn der Ausstellung findet vom 10. bis 14. Juli 1995 an der Universität Krakau ein öffentlicher internationaler Kongreß zum selben Thema statt. Anmeldungen bei Prof. Dr. Detlef Hoffmann, z.Zt. Zentrum für Interdisziplinäre Forschung, Universität Bielefeld, Tel. 0521-1062761, Fax -1062782. (Ausführlicher Bericht in der nächsten Ausgabe)

„Tante-Emma-Läden“ für Dienstleistungen

Oldenburger Konzept für Pilotprojekt in Sachsen-Anhalt / BürgerBüros im ländlichen Raum

Seit März 1995 fördert das Land Sachsen-Anhalt ein Pilotprojekt zur Einrichtung von kommunalen „BürgerBüros“ im ländlichen Raum, und zwar in der Verwaltungsgemeinschaft Bismark (Altmark). Die Leitung liegt in den Händen von Dr. Gudrun Klee-Kruse (ehemals Institut für öffentliche Planung, Fachbereich 3 Sozialwissenschaften).

Die geplanten BürgerBüros werden sich wesentlich unterscheiden von den schon weiter verbreiteten Bürgerämtern, mit denen gegenwärtig viele Städte und Gemeinden (u.a. Unna und Bielefeld) eine Anlaufstelle für ihre gängigen Dienste und Leistungen schaffen. Während hier die Grundidee des „one-stop shops“ für Dienstleistungen nur im Hinblick auf das eigene kommunale Angebot umgesetzt wird, sieht das primär für den ländlichen Raum entwickelte Konzept „BürgerBüro“ eine Art Dienstleistungs-Tante-Emma-Laden vor. Es zielt auf einen neuartigen Verbund öffentlicher und kommerzieller Dienste. Gemeindeverwaltung, Landes- und Bundesbehörden, Sparkasse, Post, Lotto-Toto-Annahme und viele andere Anbieter von Serviceleistungen arbeiten auf der Grundlage einer technischen Vernetzung (anfangs ISDN) zusammen. Damit werden qualitativ hochwertige Dienste und Informationen in kleinen ländlichen Gemeinden oder in Stadtteilen verfügbar.

Die BürgerBüros fungieren somit als multifunktionale Servicebüros. Anders als beim Abruf zuhause oder an öffentlichen Terminals wird es anstelle kundunfreundlicher Automatisierung eine persönliche Bedienung geben. Sie setzt Zugangsschwellen herab, schaltet Verständnisprobleme aus und erzeugt Kundenbindung.

Das grundlegende Konzept hierfür wurde in den vergangenen Jahren im Institut für öffentliche Planung (Leitung: Prof. Dr. Klaus Lenk - Verwaltungswissenschaft) in einem Forschungsprojekt entwickelt, an welchem auch die Arbeits- und Organisationspsychologie (Prof. Dr. Friedhelm Nachreiner) beteiligt war.

Ergebnis dieser Untersuchungen: Man rückte schnell ab von dem ursprünglichen Vorhaben, kleine isolierte ServiceLäden in die Dörfer zu bringen. Der ländliche Bezug wurde beibehalten, aber das gesamte Vorhaben wurde in eine völlig neue Perspektive gerückt. Dank der inzwischen gegebenen informations- und kommunikationstechnischen Möglichkeiten können viele Dienstleistungen heute räumlich verteilt erstellt werden. Was das bedeutet, ist bislang nur wenigen wirklich klar. Die multimediale Kommunikation zwischen den BürgerBüros und den Zentralen der einzelnen Dienstleistungsanbieter ist keine Zukunftsmusik mehr. Ganze Branchen werden in den nächsten Jahren durch die heute gegebenen Perspektiven (Stichwort: „Elektronische Märkte“) von Grund auf umgestaltet werden. Dies wird übrigens am Beispiel der Tourismuskette gegenwärtig in einem Lehrprojekt in Oldenburg bereits untersucht (Projekt „Dienstleistungsmanagement“).

Die Oldenburger Vorarbeiten helfen zwar beim praktischen Aufbau des Pilotprojekts. Aber zahlreiche Probleme bleiben zu lösen; angefangen von der Gestaltung der Verträge zwischen dem kommunalen Träger und den einzelnen Dienstleistungsanbietern, bis hin zu

Zur Diskussion „Strategie des Aussitzens gescheitert“

Zwei Antworten auf Anschuldigungen des Faches Geographie (uni-info 4/95)

Seit neun Monaten wissen wir schon, daß das Land Niedersachsen in seiner Finanznot 8 Prozent der Stellen im Zeitraum der nächsten vier Jahre streichen will. Für die Universität Oldenburg hätte das den Verlust von ca. 80 Stellen bedeutet. Der Präsident hat aber in den nachfolgenden Verhandlungen eine unterproportionale Beteiligung unserer Universität am Sparkonzept erreicht. Dennoch bleibt der schmerzhafteste Auftrag, 30 Stellen mit einer Wertigkeit von 60.000 DM zu streichen.

Wirklich erstaunlich ist, daß im Artikel einiger Wissenschaftler aus dem Fachgebiet und der Fachschaft der Geographie im letzten Uni-Info, in dem häufig der schöne Begriff „Planungs- und Politikberatungskompetenz“ für das eigene Fach in Anspruch genommen wird, nicht ein Sterbenswörtchen über diesen Zusammenhang verloren wird. Zudem werden der Präsident und der namentlich genannte Vizepräsident persönlich für eine Entwicklung haftbar gemacht, die nicht zuletzt wesentlich auch auf Fehler der Fächer Geographie und Raumplanung selbst zurückzuführen sind.

Daß der Studiengang Stadt- und Regionalplanung als ein Hauptstudiengang ohne Unterbau nicht mehr fortgeführt werden soll und kann, wissen das Fach und der Fachbereich seit zwei Jahren. Seit eineinhalb Jahren gibt es den Vorschlag, die Ausbildung auf ein grundständiges Studium zu erweitern. Das würde allerdings zusätzlichen Stellenbedarf auslösen, den die Universität schon damals nicht und heute erst recht nicht abdecken könnte. So blieb nur der Vorschlag des Präsidenten, der jetzt als originelle Idee des Faches hervorgehoben wird, aus der Stadt- und Regionalplanung, der Geographie und Teilen der Politikwissenschaft zusammen mit dem neuen Studiengang Landschaftsökologie einen neuen Studiengang Umwelplanung aufzubauen.

Doch trotz Drängen und Bitten, diese Planung voranzutreiben, kamen im

Fachbereich weder die erforderlichen Beschlüsse noch die konkreten Konzepte zustande - statt dessen immer wieder Forderungen nach zusätzlichen Stellen.

Der Präsident hat deshalb die Konsequenz gezogen und auf Empfehlung der Planungskommission des Senats die Einstellung der Studiengänge Stadt- und Regionalplanung und Geographie Magister empfohlen. Die Planungskommission hatte zuvor die Situation in allen Fachbereichen und Studiengängen verglichen und fand wenig Gründe, statt dieser Studiengänge besser andere zu schließen: Das ungünstige Verhältnis von Studienanfängern zu Absolventen und Schwierigkeiten bei der Sicherstellung des Lehrangebotes sprechen für sich.

Wahrscheinlich hat den galligen Ärger des Artikels aus dem Fach Geographie die Tatsache ausgelöst, daß die Strategie des Aussitzens, die offensichtlich gewollt war, gescheitert ist. Die Planungskommission verkannte jedoch keineswegs, daß Planungskompetenz eine wesentliche Qualifikation Oldenburger Absolventen ist und beschloß daher auch nicht den Wegfall aller Stellen, sondern eine Integration der verbleibenden Stellen (über die Hälfte) in den Studiengang Landschaftsökologie, so daß es im Rahmen dieses Studienganges einen Schwerpunkt Raumplanung geben wird.

Yorck Hener,
Leiter des Planungsdezernates

Ballspiele

Im uni-info 4/95 äußern sich einige (!?) Lehrende und die Fachschaft des Magister-Studienganges Geographie zu Strukturüberlegungen in der Universität. Sie beklagen, daß auch ihr Fach dabei in die Diskussion geraten ist. Das erscheint aus der jeweils persönlichen Betroffenheit verständlich, wenn auch eine sachliche Auseinandersetzung dar-

über in den dafür vorgesehenen Gremien geführt werden sollte. Bemerkenswert ist die Solidarität mit dem ebenfalls zur Disposition stehenden Studiengang Stadt- und Regionalplanung, die sicherlich überzeugender hätte eingesetzt werden können, wenn sie schon frühzeitig zu einer von allen Beteiligten getragenen und realisierbaren Konzeption eines fächerübergreifenden, neuen umweltwissenschaftlichen Schwerpunkts geführt hätte.

Nicht meine Namensnennung in dem Beitrag veranlaßt mich zu einer Reaktion, sondern die damit hergestellte Verbindung zum Vizepräsidentenamt und die Zuweisung einer "tragischen" Rolle. Hier scheint die Klarsicht getrübt und verlangt im Interesse des Amtes und aller künftigen InhaberInnen nach Aufhellung. VizepräsidentInnen sind nicht Vertreter eines Faches oder einer Einrichtung in der Universitätsleitung, sondern allen gleichermaßen verpflichtet. Natürlich kann mir die Zukunft keines Studienganges gleichgültig sein. Zur Überzeugung der Entscheidungsgremien gehören allerdings Konzepte, die den Willen aller Beteiligten erkennen lassen, auch unter den gegenwärtigen schwierigen finanziellen Bedingungen neue Formen fachübergreifender Zusammenarbeit zu entwickeln.

Die infrage gestellte Existenz eines Studienganges mit dem "Verrat an der Region" gleichzusetzen, kann glaubwürdige Konzepte nicht ersetzen und dürfte in dieser Region einige Verwunderung auslösen, mit der es noch nie so enge, vielfältige und erfolgreiche Kooperationen gab wie jetzt. Sie in dieser Situation und in Kenntnis der Zusammenhänge als Druckmittel in Anspruch zu nehmen, wird weder in der Öffentlichkeit noch in den Gremien der Universität auf Verständnis stoßen und unterstützend wirken. Der Versuch war nicht hilfreich. Man kann nicht mit Boxhandschuhen Tennis spielen. Der mir zuge dachte Ball läßt sich nicht zurückgeben, er liegt im Aus.

Vizepräsident Peter Singer

Universität hautnah

Der diesjährige Hochschulinformationstag am 13. Juni richtet sich nicht nur an SchülerInnen der Gymnasien und erfolgreiche Z-Prüflinge, sondern auch an ein interessiertes Publikum, das sich einen Eindruck von den Arbeits-, Lebens- und Lernbedingungen an der Universität verschaffen will. Neben Teilnahmemöglichkeiten an zahlreichen Veranstaltungen werden Informationen über Studiengänge und -abschlüsse, Zulassungs- und Studienbedingungen geboten. Erstmals beteiligen sich auch das Oldenburg Kolleg, die Volkshochschule und der Bildungsverein Arbeit & Leben mit Informationsständen. Das Programmheft ist bei der Zentralen Studienberatung erhältlich (Tel.: 0441/798-4405 oder 2474).

Euroregion mit Zukunftsvision

Die Bedeutung einer regionalen Identität und die Chancen für die Region Weser-Ems im zusammenwachsenden Europa standen im Mittelpunkt einer Regionalkonferenz, die die internationale Studentenvereinigung AIESEC, Lokalkomitee Oldenburg, vom 11. bis zum 13. Mai unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Gerhard Schröder veranstaltete. Vorträge, Diskussionsforen und eine Fahrt mit der Magnetschwebebahn „Transrapid“ im Emsland standen auf dem Programm. Gäste aus Deutschland, Österreich und der Schweiz diskutierten Zukunftsperspektiven von Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Kultur für die Weser-Ems Region. Die erwartete große Resonanz auf die Konferenz blieb jedoch aus. Statt der von AIESEC erwarteten 150 nahmen nur rund 50 Interessierte an der Konferenz teil.

UNI-INFO

Herausgeber: Pressestelle der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, 26111 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-2417, Telefax: 25655 unol d, Telefax: (0441) 798-2435; V.i.S.d.P.: Gerhard Harms; Redaktion: Gudrun Pabst, Michael Popien, Dr. Andreas Wojak; Veranstaltungen: Rosita Riegel; Satz: Claudia Bürger; Druck- und Anzeigenverwaltung: Officina-Druck, Posthalterweg 1b, 26129 Oldenburg, Tel.: (0441) 776060, Telefax: (0441) 776065. ISSN 0943-4399

Uni-info erscheint in der Vorlesungszeit jeweils zum Monatsanfang. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. LeserInnenbriefe sollten nicht mehr als 50 Zeilen à 30 Anschläge umfassen. Uni-info wird auf naturweißem Papier aus 100% Altpapier gedruckt.

Kurz notiert

Anlässlich der zehnjährigen "Fußball-Akooperation" zwischen den Unis Groningen und Oldenburg findet am Freitag, 16. Juni, auf dem Sportgelände Wechloy ein Spaß- und Fußballfest statt. Höhepunkt ist ein Fußballspiel, in dem sich die beiden Uni-MitarbeiterInnen-Mannschaften zum nunmehr 20. Male freundschaftlich, aber nicht ohne Ehrgeiz messen. Beginn: 14 Uhr.

Für ausländische Studierende werden im Juni vom Akademischen Auslandsamt zwei eintägige Exkursionen auf die ostfriesische Insel Baltrum angeboten. Der vor den Toren Oldenburgs gelegene Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer genießt seit 1986 den höchsten zu vergebenden Schutzstatus. Die Exkursionen finden am 18. und am 25. Juni 1995 statt. Kostenbeteiligung: 15 Mark Anmeldungen und Informationen an das Akademische Auslandsamt, Tel.: 798-2479.

Als neue studentische Frauenbeauftragte wurde auf einer Studentinnenvollversammlung Ruth Linsch gewählt. Sie übernimmt bis Oktober die Aufgaben der zurückgetretenen Frauke Sterwerf. Birgit Neuhaus, die erste studentische Frauenbeauftragte, bleibt weiterhin im Amt. Außerdem wurden Silke Faulwetter, Kerstin Hemminger und Christin Lingens für die Senatskommission für Frauenförderung und Gleichberechtigung gewählt.

Konzilsvorstand neu gewählt

Zwei alte und zwei neue Mitglieder gehören dem Vorstand des neuen Konzils an. Der Mathematiker Prof. Dr. Wolfgang Sprockhoff für die ProfessorInnen und die Leiterin des Dezernates 3, Helga Wilhelm, für die MitarbeiterInnen des Technischen und Verwaltungsdienstes (MTV), wurden wiedergewählt. Neu im Amt sind dagegen der Leiter des Fernstudienzentrums, Ulrich Bernath, für die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, und Birgit Neuhaus für die StudentInnen. Der Vorstand bereitet in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten die Sitzungen vor und leitet sie.

Universität international



Mehr als 30 WissenschaftlerInnen aus 16 Ländern, die derzeit an der Universität lehren und forschen, wurden vom Präsidenten, Prof. Dr. Michael Daxner, im Gästehaus der Universität empfangen. Die WissenschaftlerInnen kommen u.a. aus Polen,

Uni-Leitung künftig mit Frau

Konzil entschied sich mit Zwei-Drittel-Mehrheit für Änderung der Grundordnung

Die Universität Oldenburg wird künftig mit großer Wahrscheinlichkeit eine Frau in ihrer Leitung haben. Am 10. Mai beschloß das Konzil nach mehr als dreistündiger Debatte und drei Abstimmungsverfahren, daß eine der beiden VizepräsidentInnen eine Frau sein soll. Davon kann nur in besonders begründeten Fällen abgewichen werden. Bereits am 10. Juni sollen die Vizes auf Vorschlag des Präsidenten, der allein dazu berechtigt ist, gewählt werden. Prof. Dr. Michael Daxner nominierte Prof. Dr. Siegfried Grubitzsch, Dekan des Fachbereichs 5, und Ina Grieb, Leiterin des ZWW, für die Ämter. Folgt das Konzil seinem Vorschlag, so ist mit

Grieb nicht nur seit langer Zeit wieder eine Frau Vizepräsidentin, sondern erstmals auch eine „Nichtprofessorin“. Das läßt das novellierte Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) zu. Seit Bestehen der Universität gab es in der Leitung nur ein einziges Mal eine Frau: Prof. Dr. Ilse Dröge-Modelmog wurde 1987 für zwei Jahre zur Vizepräsidentin gewählt. Heute ist sie Mitglied des Konzils und plädierte in der letzten Sitzung wie auch die SprecherInnen fast aller Gruppen dafür, das Konzil möge sich in der Frage der Frauenbeteiligung in der Uni-Leitung festlegen. Dröge-Modelmog setzte sich dabei für die sogenannte „Muß-Regelung“ ein. Danach

hätte von dem Prinzip der Wahl einer Frau zur Vizepräsidentin nicht abgewichen werden können. Auch die Mehrheit der Konzilsmitglieder vertrat diese Auffassung, doch reichten 54 Stimmen für die Verankerung in der Grundordnung nicht aus. Für die weichere Soll-Regelung stimmten dann in geheimer Wahl, mit 68 gegen 26 Stimmen, die erforderlichen zwei Drittel.

Gegen eine förmlich festgelegte Beteiligung einer Frau an der Uni-Leitung hatte sich nur Prof. Dr. Rainer Grübel für die ProfessorInnen-Liste Demokratische Hochschule (DH) gewandt. Er sagte, die Wahl der VizepräsidentInnen solle allein von der Qualität der KandidatInnen abhängig gemacht werden - und nicht vom Geschlecht.

Ein weiterer Vorschlag, drei VizepräsidentInnen zu bestimmen, wurde vom Konzil ebenso abgelehnt wie die Festlegung, daß eine Person aus dem nichtprofessoralen Bereich kommen soll. Dagegen ist noch offen, ob es künftig eine kollegiale Universitätsleitung geben wird, in der alle wichtigen Entscheidungen gemeinsam vom Präsidenten, den Vizes und vom Kanzler in einem förmlichen Abstimmungsverfahren getroffen werden. Das Konzil beauftragte den Grundordnungsausschuß, eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten. Kanzler Wolf Dietrich v. Fircks erklärte in diesem Zusammenhang, daß er in einem solchen Fall auf seine unbefristete Beamtenstelle verzichten werde und bereit sei, seine Stelle in die eines sechsjährigen Wahlbeamten umwandeln zu lassen.

Ob es tatsächlich zu einer Änderung der künftigen Entscheidungsstruktur in der Leitung kommen wird, ist allerdings keineswegs gesichert. Auch hierfür bedarf es einer Änderung der Grundordnung und damit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Konsens wird aber bei den meisten anderen Änderungen in der Grundordnung, die durch das neue NHG notwendig geworden sind, erwartet. Der von der Grundordnungskommission vorgelegte Entwurf enthält zwar in einigen Bereichen alternative Vorstellungen, doch gelten sie nicht als unüberbrückbar. Die erste Lesung soll ebenfalls am 10. Juni nach der Wahl der Vizes erfolgen.

Erstmals ohne ASTA

Studentenvertretung abgewählt / Keine neue Mehrheit

Zum ersten Mal in ihrer 21jährigen Geschichte ist die Universität Oldenburg ohne einen Allgemeinen Studentenausschuß (ASTA). Der Grund: Es fand sich nur eine Mehrheit für die Abwahl des alten ASTA, aber keine für einen neuen. Die Konsequenzen: Die Universitätsleitung mußte die Räume schließen, Ausgaben dürfen, wenn überhaupt, nur noch mit Zustimmung des Leiters der Haushaltsdezernates, Günther Rother, getätigt werden. Die ASTA-Arbeit steht still und die Aussichten, daß sich das ändert, sind eher dürrig. Denn obwohl die linken Gruppierungen über eine große Mehrheit der Sitze verfügen, sind die Fraktionen im Studentenparlament (StuPa) so heillos zerstritten, daß ein Brückenbau kaum möglich erscheint. Die Masse der StudentInnen reagiert auf das Geschehen eher verständnislos und gelangweilt, nur manchmal wütend.

Schon im vergangenen Jahr waren über die Bildung eines neuen ASTA drei Monate ins Land gegangen. Allerdings war der Vorgänger-ASTA solange im Amt geblieben. Das hat sich nun geändert. Am 26. April wählten die Bündnisliste Simply Red/Jusos und die Grüne Hochschulgruppe (GHG) zusammen mit dem RCDS den alten ASTA ab. Hintergrund: Die bisher mit der Gruppe Links (GL)

und Alternativer Liste (AL) den ASTA bildende Bündnisliste Simply Red/Jusos will nicht mehr ohne die GHG arbeiten, um, wie es heißt, „mehr Pluralität und diskursiven Politikstil“ zu ermöglichen. Für die stärker links orientierten Gruppen ist das Verrat - eine „Öffnung nach Rechts“.

Ein erneuter Versuch, in einer Stupa-Sitzung am 17. Mai das Problem zu lösen, scheiterte. Der Zusammenschluß von AL und GL zum Linken Plenum - dem sich auch die autonomen Referate, die Gruppe linker Sozialdemokraten (Grisu) sowie ein Mitglied der GHG angeschlossen haben - blitzte mit dem Vorschlag, einen Minderheiten-Asta zu tolerieren, ebenso ab wie die Bündnisliste mit ihrem Antrag, einen Not-ASTA zu bilden. Da beide Blöcke nicht mit dem RCDS, der über elf Sitze im Parlament verfügt, koalieren wollen, ist eine Mehrheit nicht möglich. Das Linke Plenum hat 19 Sitze, Simply Red/Jusos und GHG 16.

Auch der Antrag des unabhängigen Einzelkandidaten Michael Padefke, ihn als geschäftsführenden Sprecher eines Not-Asta einzusetzen, da er bei den StuPa-Wahlen die meisten Personenstimmen auf sich vereinigen konnte, wurde ebenfalls gekippt. Inzwischen überlegt die Justitiarin der Universität, Helga Viets, was passieren muß, wenn auch zum Ende des Sommersemesters keine StudentInnenvertretung gewählt ist. Dann, so befürchtet sie, tritt eine eher groteske Situation ein: die Universitätsleitung müßte sich selbst um die Sicherstellung minimaler Leistungen im Rahmen der studentischen Selbstverwaltung - wie z. B. die Sozialberatung - kümmern. Immerhin steht dem ASTA jährlich ein Etat von etwa 600.000 Mark zur Verfügung. Er wird von den StudentInnen in Form von Semestergebühren aufgebracht.

Fachschaft Informatik

Vom 1. bis 5. Juni 1995 findet in der Universität Oldenburg die 40. Konferenz der Informatik-Fachschaften (KIF) statt. Die KIF ist eine semesterweise stattfindende Tagung, bei der sich Studierende aus dem gesamten Bundesgebiet und dem deutschsprachigen Ausland über Fachschaftsarbeit austauschen. Es werden noch Schlafplätze (Schlafsack und Iso-Matte werden mitgebracht) und Leihfahrräder gesucht. Informationen: Tel.: 798-2933.

Sicherheit auf glattem Parkett

Neues Fremdsprachenzentrum / Start mit Englisch für WissenschaftlerInnen

Kürzlich hat das neugegründete Fremdsprachenzentrum, das am Fachbereich 11 Literatur- und Sprachwissenschaften angesiedelt ist, seine Arbeit aufgenommen. Grundlage war eine entsprechender Senatsbeschluß. Leiter der Betriebseinheit ist der Anglist Dr. Richard Stünshoff.

Das Fremdsprachenzentrum (FZ) erbringt Dienstleistungen für alle Fachbereiche der Universität. So führt es u.a. semesterbegleitende, kostenlose Fremdsprachenkurse für Studierende aller Fä-

cher durch. Darüber hinaus wird das FZ Angebote für andere Zielgruppen innerhalb und außerhalb der Universität organisieren, die allerdings gebührenpflichtig sein werden.

Ein Beispiel ist der viertägige Intensivkurs „English for International Conferences“, den das FZ in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) vom 7. bis 11. August 1995 veranstaltet. Der Kurs wendet sich speziell an die WissenschaftlerInnen, die ihre aktiven Eng-

Berufliche Fahrtüchtigkeit

Tips (V) der Betriebsärztin



Fahren Sie beruflich regelmäßig PKW oder LKW? Der Weg zur Arbeit, auch bei einem zur Kinderbetreuung erforderlichen

Umweg, steht unter dem Versicherungsschutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Sollten Sie nur diesen Weg mit dem PKW fahren, ist damit noch keine berufliche Fahrtüchtigkeit gegeben. Bei regelmäßigen PKW-Fahrten zwischen unterschiedlichen Standorten, zu Seminaren oder bei Botengängen empfiehlt sich die arbeitsmedizinische Untersuchung nach dem Grundsatz 25 (Fahr-, Steuer- und Überwachungstätigkeit). Diese Untersuchung, die bei Taxi- und Busfahrern vorgeschrieben ist, umfaßt einen Seh- und Hörtest, eine körperliche Untersuchung und einen Urinest. Der zeitliche Umfang der freiwilligen Untersuchung, beträgt etwa 30 Minuten. Es empfiehlt sich, dieses Angebot in Anspruch zu nehmen, da hierbei schon häufiger krankhafte Befunde erhoben werden konnten, die bei rechtzeitiger Behandlung nicht zu schweren Erkrankungen führten. Die Abstände, in denen Untersuchungen stattfinden sollen, sind altersabhängig von 3- bis zu maximal 5 Jahren und können bei Auffälligkeiten verkürzt werden. Der Arbeitgeber erhält eine Bescheinigung über das Ergebnis - z.B. bei der Tätigkeit eine entsprechende Sehhilfe zu tragen. Äußerst selten ergeben sich dauernde gesundheitliche Bedenken, bei denen der Arbeitgeber dem Mitarbeiter Fahrtüchtigkeit nicht mehr auferlegen darf. Bei befristeten gesundheitlichen Bedenken, die bei einer Alkoholabhängigkeit geäußert werden müssen, ist nach einer Entzugsbehandlung ein beruflicher Fahr-einsatz möglich. Wer zur Untersuchung kommen möchte, bringe bitte die Augengläser mit. Terminabsprache: Tel.: 50 86 13.

Brigitte Jambor-Maischner

Kunst und Realität

Anlässlich der Emeritierung des Niederlandisten Prof. Dr. Francis Bulhof (Fachbereich 11) veranstaltet das Fach Niederlandistik am 9. Juni 1995, 10.00 Uhr, im Kulturzentrum PFL, Peterstraße, ein öffentliches Kolloquium zum Thema „Das Interbellum in der Literatur“. Im Rahmen der Veranstaltung wird Bulhof um 16.00 Uhr auch seine Abschiedsvorlesung „Kontrast und Realität: Die Modernismusbewertung in der niederländischen Literatur“ halten.

VERITAS
 Weinhandlung
 Hauptstraße 30
 2900 Oldenburg
 Tel. 0441/50 8100

Inhaber
 Thomas Schaa

• Rennräder • Reiseräder • Mountainbikes
 nach Maß und persönlichem Geschmack
 Alexanderstraße 201
 26121 Oldenburg
 Tel. 0441-88 28 39
 Fax 0441-88 22 02

Der Fahrradladen

ART PLAKAT
 DIE KUNST
 HANDLUNG
 & RAHMEN
 GALERIE
 NEUE DRUCKE
 FRANZ RADZIWILL
 GASTSTR. 21 · OLDENBURG · TEL. 04 41-76756

AFG-Journalistenkurs CampusRadio gestartet

Erste Sendung läuft am 7. Juni bei Radio Bremen

Erfolgreiche Kooperation zwischen Hochschule und Arbeitsverwaltung" - dieser Satz bildete den Tenor der Eröffnungreden zum Auftakt des Journalistenkurses CampusRadio am 2. Mai in der Universität. Adolf Marxfeld, stellvertretender Leiter des Oldenburger Arbeitsamts, und Prof. Dr. Michael Daxner gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß diese Zusammenarbeit künftig noch vertieft und ausgeweitet werde. 13 arbeitslose HochschulabsolventInnen aus Bremen und Oldenburg sollen in diesem mit Mitteln der Arbeitsverwaltung finanzierten AFG-Kurs in 12 Monaten das Journalistenhandwerk soweit erlernen, daß sie den Sprung in die Praxis und ins Berufsleben schaffen. Das Projekt, das am Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung angesiedelt ist, wurde von der Pressestelle der Universität initiiert. Leiter des Kurses ist der Rundfunkjournalist Dr. Ulrich

Fischer. Für den Praxisbezug steht vor allem Radio Bremen, Kooperationspartner der Universitäten Oldenburg und Bremen im Hinblick auf die Sendung CampusRadio. Das wöchentliche Magazin wird das Herzstück des Kurses bilden. Die Sendebeiträge sollen künftig in erster Linie von den KursteilnehmerInnen erstellt werden. Das große Interesse Radio Bremens machte Programmdirektor Hermann Vinke deutlich, der sich von dem Projekt - neben qualifiziertem journalistischen Nachwuchs - eine zusätzliche Verankerung des ARD-Senders in der Region verspricht. Radio Bremen wird - ebenso wie andere Funk- und Printmedien - Praktikumsplätze für den Kurs zur Verfügung stellen. Die erste „Kurs-Sendung“ ist für Mittwoch, 7. Juni, geplant. Man darf gespannt sein ... (RB 2, 19.10 - 20.00 Uhr).

Carl-von-Ossietzky-Preis

Ausschreibungsfrist endet am 1. Oktober

Die Stadt Oldenburg lobt zum achtenmal ihren Carl-von-Ossietzky Preis für Zeitgeschichte und Politik aus. Der mit 20.000 Mark dotierte Preis richtet sich in erster Linie an deutsche und ausländische WissenschaftlerInnen, SchriftstellerInnen und JournalistInnen. Die Arbeiten sollen sich mit der Person des Friedensnobelpreisträgers, dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder der demokratischen Tradition und Gegenwart in Deutschland auseinandersetzen. Außerdem kann der Preis für Werke vergeben werden, die sich im Sinne Carl von Ossietzkys mit Themen der Politik und Zeitgeschichte befassen, für das Gesamtwerk eines Wissenschaftlers

oder eine herausragende verlegerische Leistung. Der Jury, die die entweder unveröffentlichten oder nicht vor 1993 veröffentlichten Arbeiten (in deutscher Sprache) begutachtet, gehören die Schriftsteller Leonie Ossowski (Berlin) und Lew Kopelew (Köln), die Journalistin Lea Rosh (Hannover), der Historiker Prof. Dr. Ernst Hinrichs (Oldenburg) sowie der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Wolfram Köhler (Meerbusch) an. Bis zum 1. Oktober 1995 können die Arbeiten beim Kulturamt der Stadt eingereicht werden. Die Preisverleihung findet am 4. Mai 1996, dem Todestag Carl von Ossietzkys, statt.

Sommernacht

Von Außergewöhnlichen Spargelvariationen bis zu Zartem Erdbeervergnügen reicht das Sommernachtsbuffet des Studentenwerks mit anschließendem Tanz am Donnerstag, 8. Juni 1995. Eingeladen sind alle Universitäts- und Studentenwerksangehörige. Vorverkauf: Mensa, Cafeteria und Markenkasse. Kosten: 34 DM (Azubis 20 DM).

Hilfe beim Studium

Ich habe immer eine Riesenangst, im Seminar den Mund aufzumachen. „Es kostet mich eine unheimliche Überwindung, ein Referat zu halten. Ich kann dann nicht schlafen und leide unter Schweißausbrüchen ...“ Solche oder ähnliche Ängste werden häufig an die MitarbeiterInnen der Psychosozialen Beratungsstelle (PSB) herangetragen. Die Angst vor mündlichen Beiträgen in Seminaren und Prüfungen, Blockaden und dadurch entstehender Druck wirken wie ein Teufelskreis, der immer enger wird. Ein Workshop „Aktiv mitreden“, der vom 9. bis 13. Oktober von der PSB angeboten wird, will hier helfen.

Der Schwerpunkt wird darauf liegen, die jeweiligen individuellen „Stolpersteine“ kennen- und damit umzugehen lernen. In einem Übungsprozess soll dann ein „stolperfreier“ Zugang zum aktiven Mitreden gefunden werden. Dazu gehören u.a. Entspannungstechniken und Rollenspiele. Im Semester sind zwei Nachfolgetermine zum Erfahrungsaustausch und zur Festigung des persönlichen Lernerfolgs geplant.

Schwierigkeiten beim Schreiben, der Planung oder der Motivation, eine Hausarbeit oder Leistungsnachweis fertig zu bekommen, sollen in einem zweiten Kurs aufgefangen werden, den die PSB in der veranstaltungsfreien Zeit anbietet. In einer sogenannten Arbeitsschwierigkeiten-Gruppe werden mit „LeidensgenossInnen“ Tagespläne erstellt und Regeln zur Bewältigung der Arbeit erstellt. Der Kurs wird als Intensivveranstaltung vom 3. bis 7. Juli 1995 täglich von 10.00 bis 12.00 Uhr stattfinden. Für die Kurse ist eine persönliche Anmeldung erforderlich. Tel.: 0441/798-4400.

Die kontinuierlichen Angebote der PSB finden sich im allgemeinen Teil des Vorlesungsverzeichnisses.

Swing, Blues, Salsa und Funk mit Uni Big-Band



Am Sonntag, 11. Juni 1995, 20.00 Uhr, ist die Big Band der Universität Oldenburg unter der Leitung von Bernhard F. Mergner in der Kulturetage, Bahnhofstraße 11 zu hören und zu erleben. Die Big Band präsentiert den Sound der 30er und 40er Jahre, bleibt aber dabei nicht stehen. Es mischen sich Swing und Blues mit Salsa, Funk und Latin, darunter auch eigens für diese Band geschriebene Kompositionen aus den Reihen der 21 MusikerInnen. Die für eine Big Band typischen, hierzulande aber selten gehörten Gesangsparts übernehmen Nina Witt und Moa Bäker, die damit eine passende Ergänzung zu vollem Bläserensemble, groovender Thymusgruppe und fetzigen Instrumentalsoli liefern.

Kooperation mit College Beit Berl

Symposium im Lehrerausbildungs-College Beit Berl

Um Fragen der Lehrerausbildung und eines Studiengangs Europäische Studien ging es auf einem gemeinsamen Symposium Oldenburger und israelischer Wissenschaftler, das Ende März im Beit Berl College (bei Tel Aviv) stattfand. Zwischen diesem größten Lehrerausbildungs-College in Israel und der Universität ist im vergangenen Jahr eine Kooperation vereinbart worden.

Dr. Klaus Winter, Dr. Wolf-Dieter Scholz und Prof. Dr. Jost von Maydell (Fachbereich 1 Pädagogik) referierten über den Aufbau des Bildungswesens und über die Lehrerausbildung in Deutschland sowie über familiensoziologische Veränderungen und ihre möglichen Auswirkungen auf die Schule. Prof. Dr. Rüdiger Meyenberg und Prof. Dr. Eberhard Schmidt (Fachbereich 3 Sozialwissenschaften) stellten Überlegungen zu einem Studiengang Europäische Studien vor. Ein derartiger Studiengang ist am Beit Berl College geplant.

Für die deutschen Teilnehmer war besonders interessant zu erfahren, wo die Hindernisse einer durchgehenden Akademisierung der Lehrerausbildung in Israel liegen, welche hohen Integrationsleistungen das israelische Bildungssystem aufwenden muß, um die vielfältigen kulturellen und sozialen Strömun-

gen dieses Einwanderungslandes erfolgreich zu bewältigen, und wie stark sich mit dem Bemühen um einen Studiengang Europäische Studien ein Interesse Israels verbindet, an seine euroäischen Wurzeln anzuknüpfen und die Beziehungen zu Europa zu vertiefen. Das nächste Symposium ist im Februar 1996 in Oldenburg geplant.

Ein Zaun für den Frieden? Veranstaltung zum Nahost-Konflikt

Das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung veranstaltet erstmals im Rahmen von Studium Generale eine Vortragsreihe mit dem Titel „Zu Gast an der Carl von Ossietzky Universität - WissenschaftlerInnen aus dem Ausland im Gespräch“. In unregelmäßigen Abständen sollen Gastwissenschaftler über ihre Forschung und Lehre in ihren Heimatländern berichten. In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft findet am Sonnabend, 10. Juni, von 10.00 bis 18.00 Uhr ein Seminar zum Thema „Ein Zaun für den Frieden? Israels Situation in der jüngsten Entwicklung des Nahen Ostens“ mit Prof. Dr. Dan Shueftan vom H.-Truman-Institut Jerusalem/Uni-

Offene Bühne des Unikums

Eine „Offene Bühne“ für studentische Kulturschaffende, die sich und ihre Produktion aus den Bereichen Kabarett, Theater, Comedy oder Musik mit einem Kurzauftritt vorstellen wollen, veranstaltet die Studentenwerksbühne UNIKUM am 22. Juni zum dritten Mal. Wie in den vergangenen Jahren soll eine spannende Mischung unterschiedlicher Darbietungen präsentiert werden. Interessierte KünstlerInnen sollten sich umgehend beim Kulturreferenten Gerhard Ritzmann, Tel.: 798/2658 (Unibadpassage), melden.

versität Haifa, Israel statt. Veranstaltungsort ist der Kulturspeicher der Volkshochschule Oldenburg an der Wallstr. 24.

Shueftan ist Berater des israelischen Ministerpräsidenten, des Verteidigungs- und Außenministers sowie zahlreicher Kongreßmitglieder in Washington. Sein Arbeitsschwerpunkt sind politisch-strategische Studien zum Nahen Osten. Im vergangenen Jahr machte er auf einem Seminar in Oldenburg mit dem Vorschlag von sich Reden, einen Zaun zwischen israelischen und palästinensischen Gebieten zu errichten. Diesen Vorschlag nahm der israelische Ministerpräsident Rabin auf und führte ihn in die offizielle Politik ein.

Brief an die Redaktion

Zur Dokumentation der Vorstellungen des deutschen Hochschulverbands zur Habilitation (UNI-INFO 4/95)

Der „Hochschulverband“ ist - anders als der Name suggerieren möchte - nicht der Verband der Hochschulen, sondern die Landesvertretung der Professoren. Sein Eintreten für die Habilitation bedeutet, daß er den deutschen Sonderweg der Professorenkarriere auch weiterhin für den Nachwuchs verbindlich machen will.

Aus der Sicht von GEW und ÖTV, den gewerkschaftlichen Interessenvertretungen des gesamten Hochschulpersonals, sollen hier kritische Einwände gegen die Vorstellungen des Hochschulverbands erhoben und Gegenvorstellungen dargelegt werden, die eher den Interessen der betroffenen Nachwuchswissenschaftler, aber auch den Bedürfnissen der Hochschulen insgesamt entsprechen:

1. Der Hochschulverband beginnt sein Plädoyer damit, daß die Habilitation als Qualifikationsnachweis einen internationalen Standard gewährleiste. Dem ist entgegenzuhalten, daß es nirgendwo in der westlichen Welt einen der Habilitation ähnlichen Qualifikationsnachweis gibt, sondern nur in Deutschland und in der östlichen Welt. Standard der westlichen Welt ist vielmehr, daß es nach der Promotion keine formalisierten Qualifikationsnachweise mehr gibt. Auch dort werden selbstverständlich von einem Professor über die Promotion hinausgehende Qualifikationen gefordert; aber es gibt ein viel breiteres und

freieres Spektrum, wissenschaftliche Leistungen in Forschung und Lehre, Wissenschaftsmanagement und Berufspraxis nachzuweisen. Daher gebietet gerade die Öffnung der Hochschulen zur internationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit, auf die Habilitation als Königs- oder gar als einzigen Weg zur Professur zu verzichten.

2. Der Hochschulverband lobt die Habilitation wegen der besonderen Fürsorge, die die Professoren dabei ihrem Nachwuchs angedeihen lassen. Niemand wird den Professoren diese Aufgabe absprechen. Die besondere Note der deutschen Habilitation ist aber die Unselbständigkeit der Habilitanden und die institutionelle Abhängigkeit von den Professoren (vgl. §§ 47 II, 38 V HRG, §§ 56 II, 41 VIII NHG). Die beamtenrechtliche Konstruktion der Habilitationsstellen enthält keinerlei gesicherte Perspektiven; sie verschärft sogar die Folgen bei Nichthabilitation oder Nichtberufung, weil - anders als beim Angestelltenverhältnis - kein Anspruch auf Arbeitslosengeld entsteht.

3. Die Habilitation ist kein verlässliches Indiz für die Qualifikation des Hochschullehrernachwuchses. Sie gewichtet viel zu wenig die Lehrbefähigung, und sie blendet Managementqualifikationen völlig aus. Schließlich entläßt sie diejenigen, die keine Dauerstellung an der Hochschule erlangen, ohne Chancen in den allgemeinen Arbeitsmarkt, weil sie im Schnitt zu alt sind (über 40) und ein zu einseitiges Qualifikationsprofil haben.

4. Diese Strukturmomente der Habilitation sind vermutlich mitverantwortlich für den geringen Frauenanteil unter den Professoren an deutschen Hochschulen. Die einseitige Ausrichtung an der großen Forschungsarbeit scheint wenig vereinbar mit der in dieser Lebensphase typischen Familiensituation von Frauen. Dies legen die statistischen Daten nahe: Während 38 % aller Universitätsabsolventen und immerhin noch 28 % aller Promovierten Frauen sind, sinkt der Frauenanteil bei den Habilitierten stark ab auf 10 %; unter den Professoren sind schließlich nur noch 6 % Frauen (alle Zahlen nach: „Grund- und Strukturdaten 1993/94“ für 1991, alte Bundesländer). Daran würde wohl auch eine frauengerechtere Ausgestaltung der Habilitationsstellen nicht viel ändern.

5. GEW und ÖTV plädieren deshalb dafür, auf die Habilitation als zwingenden Nachweis der Professorenqualifikation zu verzichten und gleichzeitig die Nachwuchsförderung zu verbreitern und quantitativ wie qualitativ zu verbessern: Mehr Stellen zur Doktoranden- und Postdoktorandenförderung mit besseren Chancen zur eigenen Weiterqualifikation; frühere Selbständigkeit des Nachwuchses in Lehre und Forschung; breitere Förderung von Lehrqualifikation und interdisziplinärer Arbeit, Wissenschaftsmanagement und Berufspraxisbezug; angestelltenrechtliche Ausgestaltung der Hochschulpersonalstruktur mit klaren Grenzen für Fristverträge.

Fritz Bader
Hansjürgen Otto

Wege zur Abschlußarbeit

Die Gleichstellungsstelle bietet vom 23. bis 25. Juni 1995 ein Seminar für Studentinnen mit dem Thema „Wege zur Abschlußarbeit“ an. Das Seminar ist gedacht für Studentinnen, die sich in der Vorbereitungsphase ihrer Abschlußarbeit befinden, noch überlegen, zu welchem Thema sie schreiben wollen oder ihre Thematik schon gefunden, aber noch nicht konkretisiert haben. Ziel ist, Arbeitsfähigkeiten und -kapazitäten zu entwickeln und zu fördern. Die Gebühren betragen 40 Mark. Anmeldungen für das Seminar bei der Gleichstellungsstelle, Verwaltungsgebäude, Erdgeschoß, Tel.: 798-2632.

Kaliski-Ausstellung in Aurich

Die in einem Projekt der Universität entstandene Ausstellung „Insel der Geborgenheit - Die Private Waldschule Kaliski 1932 - 1939“ ist vom 27. Mai bis 13. August im Historischen Museum Aurich zu sehen. Sie war zuvor in Berlin und in Oldenburg gezeigt worden. In der Ausstellung wird Leben und Überleben einer Berliner jüdischen Schule im Nationalsozialismus dokumentiert. Öffnungszeiten Dienstag bis Sonnabend 10.00 - 12.00 und 15.00 - 17.00 Uhr, Sonntag 15.00 - 18.00 Uhr (Montag geschlossen).

Nachruf auf die abgelehnte EU-„Biopatent-Richtlinie“

Kein Sieg der Moral, sondern Niederlage der Vernunft / von Wilfried Wackernagel

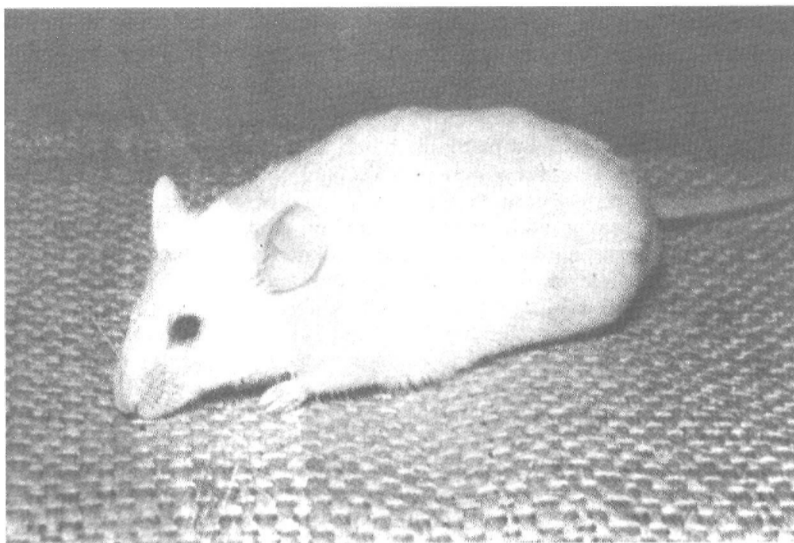
Patent auf Leben“... „Mit Genkanone und Tumor-Bakterien“... „Der patentierte Mensch“... „Genhandel-Patente“... Mit solchen und ähnlichen Schlagzeilen wurde kürzlich die Möglichkeit, Patente auf Lebewesen und Teile von solchen anzumelden, überspitzt kommentiert. Tatsächlich werden laufend zahlreiche ernstzunehmende, zukunftsweisende Erfindungen in dem Bereich Biotechnologie gemacht. Für diese wurde der 1. März 1995 zu einem einschneidenden Datum: das Europäische Parlament hatte dem vorgelegten Entwurf einer „Biopatent-Richtlinie“, und zwar nach 7-jähriger intensiver Debatte und Vorbereitung durch die europäischen Institutionen, überraschend eine Abfuhr erteilt. Die Richtlinie sollte den rechtlichen Schutz von biologischen Erfindungen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union harmonisieren und den etablierten Verfahren für die Erteilung technischer Patente angleichen. Hintergrund, Ursachen und Auswirkungen dieser Ablehnung offenbaren einiges über die Sache Biotechnologie, über Europa-parlamentarier und über den europäischen Integrationswillen.

Patente sollen das besondere Recht eines Erfinders an seiner Erfindung schützen. Erstmals wurde ein entsprechender Passus im Jahre 1474 in der Republik Venedig im Gesetz verankert. Am Ende des 18. Jahrhunderts hatten die USA und Frankreich, im 19. Jahrhundert Österreich und die deutschen Kleinstaaten Patentgesetze. Unser heutiges Patentrecht geht auf das Reichsgesetz von 1877 zurück. Geschützte Erfindungen (Entdeckungen sind nicht patentierbar!) können Erzeugnisse, Vorrichtungen, Verfahren oder Anordnungen sein. Erteilte Patente (ihre Bekanntmachung erfolgt im Patentblatt) sollen helfen, daß wirtschaftlich bedeutende Erfindungen nicht durch Geheimhaltung einer allgemeinen Nutzung entzogen werden und sollen gleichzeitig dem Erfinder verbesserte Chancen zur wirtschaftlichen Ausbeutung seiner Erfindung verschaffen.

Mit der rasanten Entwicklung der Biotechnologie einschließlich der Gentechnologie hat sich dem Patentwesen ein völlig neues Terrain erschlossen. Die mögliche Patentierung von „erfundenen“ neuen Lebewesen (z.B. gentechnisch veränderte Organismen) oder von „erfinderscher Nutzung“ von Teilen von Lebewesen (z.B. von Enzymen oder Genen) einschließlich des Menschen hat eine neue, ethisch-moralische Dimension und führte zu kontroversen Bewertungen. Eine erste Stufe in der Leiter war die Patentierung eines Schadstoff-abbauenden Bakterienstammes 1980 in den USA („Ölfresser“). Später folgten zahlreiche Schädlings- und herbizidresistente Pflanzen (u.a. Tabak, Kartoffel, Baumwolle) und 1988 erstmalig ein Säugetier („Krebsmaus“). Dieser Maus war ein humanes Krebsgen gentechnisch implantiert worden. Sie wurde zu einem bedeutenden Objekt für medizinische Forschung und Krebsteste. Die Patentierung von Erfindungen, die auf menschlichen Genen fußen, war damit bereits in Reichweite gerückt. Rechtliche Verfahrensgrundlagen und Rahmen für Biopatente mußten sich nun rasch entwickeln und etablieren.

Die Europäische Gemeinschaft entschloß sich deshalb Mitte der 80er Jahre, in einer Richtlinie einen klaren Satz von Regeln aufzustellen, anhand dessen biotechnologische Erfindungen in allen Mitgliedsstaaten nach gleicher Bewertung Patentschutz erlangen können. Die Chronologie der Ausarbeitung dieser „Biopatent-Richtlinie“ stellt sich verkürzt wie folgt dar:

20.10.1988: Die eigens eingesetzte Kommission unterbreitet dem Rat einen Entwurf.
26.4.1989: Das Ethik- und Sozialkomitee reicht seine Stellungnahme ein.
29.10.1992: In der 1. Lesung im Parla-



Das erste patentierte Tier: Ab 1988 wurde die „Krebsmaus“ für medizinische Untersuchungen auch für die Verwendung bei Krebstesten eingesetzt.

ment werden 46 Änderungsvorschläge gemacht.

16.12.1992: Die Kommission legt einen überarbeiteten Entwurf vor.

7.2.1994: Der Rat erstellt ein gemeinsames Positionspapier.

17.2.1994: Die Kommission übernimmt dieses und reicht es beim Parlament ein.
5.5.1994: In der 2. Lesung übernimmt das Parlament das gemeinsame Papier, wünscht aber noch drei Änderungen.

28.11.1994: Der Präsident des Rates beruft im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Parlaments den Vermittlungsausschuß an, zwei Änderungen werden erfüllt, eine teilweise.

22.2.1995: Die Delegation des Parlaments nimmt den Entwurf des Vermittlungsausschusses mit 10:3:0 (ja/nein/enthalten) an.

1.3.1995: Die 451 anwesenden Mitglieder des Parlaments (von 625) stimmen namentlich mit 188:240:23 gegen die Vorlage.

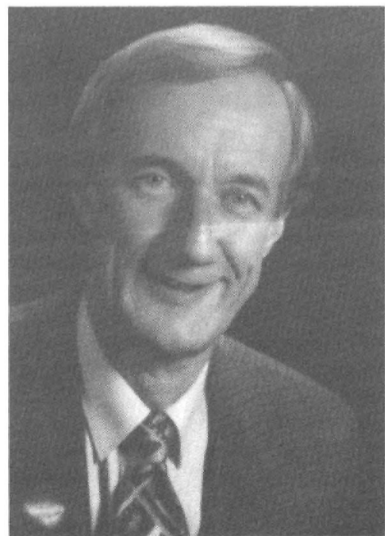
Der Abstimmung vorausgegangen waren intensive Kampagnen der Gegner aus verschiedenen Lagern mit Happenings, Druckwerken und Interviews. So hatten Tierschützer opponiert, weil die Richtlinien sich nicht ausreichend mit dem Wohl der Tiere befaßten. Gentechnikgegner übten moralischen

Wortlaut unterstrichen), die das Parlament zu entfernen wünschte:

„Entsprechend dem allgemeinen Grundsatz, der ein Aneignungsrecht am Menschen untersagt, müssen der menschliche Körper oder Teile davon als solche, beispielsweise ein Gen, ein Protein oder eine Zelle in natürlichem Zustand im menschlichen Körper, wie auch die Keimzellen und die frühen Embryonalstadien von der Patentierbarkeit ausgeschlossen werden;...“

Diese Formulierung und der weitere Text stellten eindeutig sicher, daß z.B. nur eine von der Person unabhängige Dateneinheit, wie sie etwa die Nukleotidsequenz eines menschlichen Gens darstellt, Bestandteil eines Patentes sein kann, und auch nur dann, wenn eine Erfindung damit verknüpft ist. Solche Patente sind in nächster Zeit verstärkt zu erwarten bzw. in den USA schon realisiert, besonders wenn es um Diagnose- oder Therapieverfahren geht, also bei Krebsgenen oder im Zusammenhang mit Erbkrankheiten. Die vorbereitende Kommission sowie der Vermittlungsausschuß und die Parlamentarier hatten ein hohes Maß an Konsens erreicht, bis sich plötzlich das Parlament gegen die Kompetenz seiner eigenen Delegierten und Sachkundigen, die in der Kommission und dem Vermittlungsausschuß tätig waren, wandte.

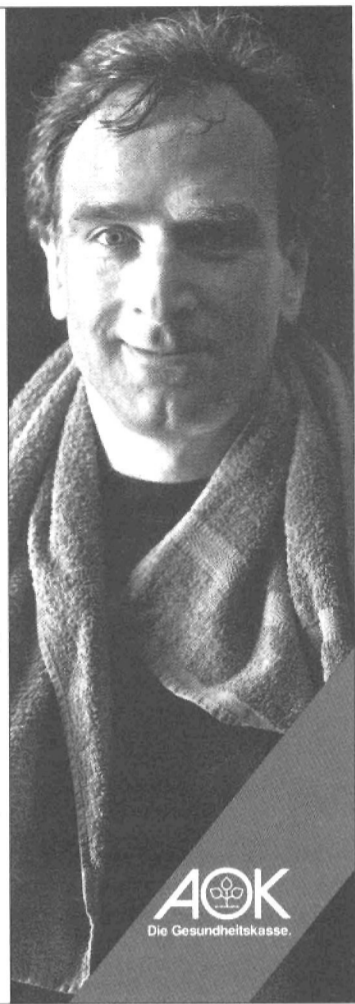
Die Ablehnung der Richtlinie wird nicht verhindern, daß Biopatente weiterhin in den einzelnen europäischen Ländern nach sehr unterschiedlichen Kriterien erteilt werden oder jenseits von Atlantik und Pazifik beantragt werden. Die Chance auf eine europäische Harmonisierung wurde vertan. Der Verdacht, daß Unwissenheit, emotionale Beeinflussung und Blindheit für neue Entwicklungen den Ausschlag für die Ablehnung gaben, ist nicht unbegründet. Solcher Kleingeist ist unverstehlich angesichts der hohen gesellschaftlichen Erwartungen und der beachtlichen Investitionen in das Innovationspotential der Biotechnologie. In diesem Bereich befinden sich die Konkurrenten für Europa in Japan und den USA. Die europäische pharmazeutische Industrie (ca. 530.000 Arbeitsplätze und ca. 20 Milliarden DM jährliche Investition in Forschung und Entwicklung) und das europäische Patentamt sind verunsichert. Ungünstige Patentierungsmöglichkeiten, stellte kürzlich der Präsident des Bundespatentamtes, Dr. Häuber, fest, bremsen die Innovationsleistung. Dies gilt besonders für die zukunfts-trächtigen und zukunftsnotigen Bereiche Umwelt- und Medizintechnik, in denen die Biotechnologie eine herausragende Rolle spielt. Es wird wahrscheinlich vorerst keinen Vorstoß für eine neue Richtlinie geben. Die völlig unerwartete, in letzter Minute zustandegewonnene Ablehnung des sorgfältig abgestimmten Entwurfes ist nicht ein Sieg der Moral, sondern eine Niederlage der Vernunft.



Der Autor Prof. Dr. Wilfried Wackernagel ist Genetiker am Fachbereich Biologie und Mitglied der Zentralen Kommission für biologische Sicherheit beim Bundesgesundheitsministerium.

Druck auf die Parlamentarier aus. Als Hauptargument wurde angeführt, nun sei „Patentierung des Menschen“ möglich. Bestimmte politische Gruppen, darunter geschlossen die Grünen, und, vielleicht unerwartet, Parlamentarier aus neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union, insbesondere aus Skandinavien, stellten sich gegen den Entwurf. Dabei enthielt der Entwurf wie gefordert klare Absagen an Keimbahntherapie und an die Patentierbarkeit von Identitätsverändernden Maßnahmen an Tieren. Der zwischen Kommission und Parlament letztlich einzig strittig gebliebene Punkt bestand aus zwei Worten (im folgenden

Helmut Hansen ist die Frau weg-gelaufen.



Ingrid Hansen war schon immer eine begeisterte Läuferin. Daß er ihr einmal hinterherlaufen würde, hätte ihr Mann früher nicht geglaubt. Vor kurzem ist er ihr gefolgt: zum Lauffreitag mit der AOK. Mit sympathischen „Mitläufern“ und erfahrenen Lauffreileitern. Die betreuen jeden Teilnehmer individuell und verhalfen ihm zu einem gesunden Laufstil. In Gruppen für Anfänger, Fortgelaufene und Köhner.
Der Lauffreitag mit der AOK. Ganz in Ihrer Nähe.
Wo er in Ihrer Umgebung stattfindet, erfahren Sie bei den freundlichen Mitarbeitern Ihrer AOK.
Für Ihre Gesundheit machen wir uns stark.



Wir machen den Weg frei

SB-Geldservice jetzt direkt in der Uni rund um die Uhr und für unsere Kunden gebührenfrei Nutzen Sie's.



Ammerländer Heerstraße 114-118 • Telefon 9 72 99 00

BÜRO UND MEHR...

Einkauf ohne Parkplatzsorgen.
büro-systeme marinesse + göricke
ammergastraße 43 · oldenburg
☎ 04 41 / 3 40 60

KREYE SPEDITION
Oldenburg · Postf. 3305
Tel. 04 41 / 92 38 00

confern Umzugs-Partner

ERSTE ADRESSE FÜR DEN ADRESSENWECHSEL

Papier-Baumwoll-Kunststoff-TRAGETASCHEN
ORTONA
0441 77 60 60
Fax 77 60 65

Rosemarie Nave-Herz hat in ihrem jüngsten Buch „Familie heute“ über das Dilemma der Familiensoziologie rasoniert. Diese Disziplin wendet ihre wissenschaftliche Neugier einem Lebensbereich zu, über den jede und jeder Bescheid zu wissen meint. Stimmen die wissenschaftlichen Ergebnisse mit der Alltagserfahrung überein, erntet die Forscherin ein schlichtes „Na, und?“; denn sie präsentiert eigentlich nur Bekanntes. Enttäuscht sie die Erwartungen, indem sie soziale Befunde zu Tage bringt, die mit dem eigenen Erleben nicht im Einklang stehen, erntet sie nur Zweifel; denn wer läßt seine persönlichen Erfahrungen schon gern relativieren oder gar zum Ausnahmefall „stempeln“. Und das vor allem in einem Bereich, der in starkem Maße von Getuln und Gemüt beherrscht wird (Rosemarie Nave-Herz, Familie heute, Darmstadt 1994, S. VII).

In diesem Feld reagieren - die eigentlich als sachlich und distanziert charakterisierten - Juristen nicht viel anders. Auch sie wollen mitunter nicht wahrhaben oder wahrnehmen, was von ihrem Normalitätskonzept abweicht. Das läßt sich trefflich an einer rund 35 Jahre zurückliegenden Äußerung des Bundesverfassungsgerichts dartun. In der Einleitung der Entscheidung zum väterlichen Stichtentscheid sagte das Gericht:

„Nach Art. 6 Abs. 1 GG stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Welche Strukturprinzipien diese Institute bestimmen, ergibt sich zunächst aus der außerrechtlichen Lebensordnung. Beide Institute sind von Alters her überkommen und in ihrem Kern unverändert geblieben; insoweit stimmt der materielle Gehalt der Institutsgarantie aus Art. 6 Abs. 1 GG mit dem hergebrachten Recht überein. Ehe ist auch für das Grundgesetz die Vereinigung eines Mannes und einer Frau zur grundsätzlich unauflösbaren Lebensgemeinschaft, und Familie ist die umfassende Gemeinschaft von Eltern und Kindern, in der den Eltern vor allem Recht und Pflicht zur Pflege und Erziehung der Kinder erwachsen. Dieser Ordnungskern der Institute ist für das allgemeine Rechtsgefühl und Rechtsbewußtsein unantastbar.“ (BVerfGE 10, 55, 66).

Blindheit gegenüber sozialem Wandel

„Man weiß nicht“, so mein Amtsvorgänger, „was man an dieser ... Formulierung mehr bewundern soll: Die Fähigkeit und Bereitschaft, Selbstverständliches denn auch als selbstverständlich darzustellen, oder die Kühnheit, mit der einschneidende Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld einfach nicht zur Kenntnis genommen werden ...“

(Roman Herzog, Schutz von Ehe und Familie durch die Verfassung, in: Bitburger Gespräche Jahrbuch 1988, 16, 17).

Den Vorwurf der Blindheit gegenüber dem sozialen Sachverhalt kann man auf dem Bundesverfassungsgericht angesichts vielen Pionierentscheidungen im Familienrecht nicht sitzen lassen, obgleich seine damalige Äußerung die heutige Geisteshaltung vieler Juristen und Rechtspolitiker treffend wiedergibt. Dabei mag offen bleiben, ob es sich um eine irgendwie absichtliche Weigerung, die Wirklichkeit wahrzunehmen, oder um den Ausdruck einer echten Wahrnehmungsschwäche handelt. Möglicherweise ist das der treuherzige Glaube am Werke, man könne unerwünschten gesellschaftlichen Phänomenen durch das Festhalten an überkommenen Normkonzepten entgegenwirken. Aber so schlicht funktioniert das Wechselverhältnis von Recht und Gesellschaft nicht.

Das sollten auch unsere RechtspolitikerInnen wissen, die sich - jedenfalls zu großen Teilen, wenn auch nicht allesamt - verfassungsrechtlichen Reformwünschen im Bereich des Familienrechts rundweg verweigert haben.

Zwar wird die Familie gern als Keimzelle und Stabilitätsgarant der Gesellschaft gepriesen. Doch selten wird ihr die tätige Aufmerksamkeit der Politik zuteil. Insbesondere wenn es darum geht, die Familie entsprechend den gesellschaftlichen Erfahrungen und Bedürfnissen rechtlich neu zu ordnen, brechen stets die alten Ängste auf. Man sieht die bewährte Tradition, ja die christlich-

Weg zum Standesamt verdient keine Steuervergünstigungen

Jutta Limbach hielt Festvortrag zu Ehren von Rosemarie Nave-Herz

Im April wurde der Familiensoziologin Prof. Dr. Rosemarie Nave-Herz von der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau die Ehrendoktorwürde verliehen. Aus diesem

Anlaß hielt die Präsidentin des Bundesverfassungsgericht, Prof. Dr. Jutta Limbach, einen vielbeachteten Vortrag zum Thema "Familienrecht und sozialer Wandel", den uni-info in Auszügen wiedergibt.

abendländische Kultur in Gefahr und das Chaos voraus. (...)

Alternativen zur Ehe

Dabei hat sich in kaum einem anderen Bereich ein vergleichbar tiefgreifender Wandel des gesellschaftlichen Verhaltens und Denkens vollzogen wie in dem der Lebensgemeinschaften. So hat die Ehe nicht nur in tatsächlicher, sondern auch in rechtlicher Hinsicht ihre Exklusivität eingebüßt. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist in zwischen allgemein akzeptiert. (...)

Wer auf die regelungsbedürftige Existenz von nichtehelichen Lebensgemeinschaften hingewiesen wird, sollte nicht Verrat an der Ehe wittern. Der behauptete Exklusivitätsanspruch dieser Lebensform und die damit verbundene Neigung, alles Nichtehele als schlechte und verwerfliche Alternative zu behandeln, hat der Ehe in der Vergangenheit eher geschadet als genützt. Hier kann eine der Sache verpflichtete Familiensoziologie Aufklärung bieten und Ängste abbauen.

Die nichteheliche Lebensgemeinschaft hat sich nicht nur von dem Verdikt der Sittenwidrigkeit zu befreien vermocht. Eine überbordende juristische Literatur widmet sich seit mehr als einem Jahrzehnt ihren Regelungsbedürfnissen. Insbesondere die Vermögensauseinandersetzung am Ende der Partnerschaft ist von unwiderstehlicher Sogkraft für den juristischen Scharfsinn. (...)

Selbst das Bundesverfassungsgericht hat die eheähnliche Lebensgemeinschaft als eine typische Erscheinung des sozialen Lebens inzwischen zur Kenntnis genommen. Es hat sie als eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft bezeichnet, die daneben keine weitere Lebensgemeinschaft gleicher Art zulasse und sich durch innere Bindungen auszeichne, die ein gegenseitiges Einstehen der Partner füreinander begründeten. Vor allem hat das Gericht deutlich gemacht, daß die staatliche Pflicht, Ehe und Familie zu schützen und zu fördern, den Gesetzgeber nicht zum Ignorieren der nichtehelichen Lebensgemeinschaft zwingt. Auch dann nicht, wenn er - der Gesetzgeber - die eheliche Form des Zusammenlebens für die beste Lösung halten sollte (BVerfGE 82,6,15). (...)

Familie mit und ohne Ehe

Die auf Ehe begründete Familie erschien den Müttern und Vätern des Grundgesetzes als empfehlens- und damit schützenswert. Doch in Anbetracht des gesellschaftlichen Wandels gilt es Abschied zu nehmen von der Ansicht, daß ein verfassungsrechtlicher Schutz nur für die auf die Ehe gegründete Familie am Platze sei. Die zunehmende Vielfalt und gesellschaftliche Akzeptanz familiärer Lebensformen kann nicht ohne Folgen auf das Normalitätskonzept der Verfassung und des Rechts bleiben.

Sowenig wie die Soziologie wird die Jurisprudenz den Familienbegriff auf ein bestimmtes - zeitlich begrenztes - Familienmodell beschränken können. (...) Zwar geht es in der Gesetzgebung und Rechtsprechung nicht in erster Linie um die wirklichkeitstreuere Darlegung des sozialen Sachverhalts. Doch verfehlen die Juristen die Regelungsbedürfnisse gerade der sozial schwachen Mitglieder von Lebensgemeinschaften, wie der Kinder oder des wirtschaftlich abhängigen Lebensgefährten, wenn sie ihre Rechtskategorien und Tatbestände nicht realitätsgerecht definieren.

Rosemarie-Nave-Herz hat bei dem Aufgebot der konstitutiven Merkmale von Familie neben der Reproduktions- und Sozialisationsfunktion sowie des beson-

deren Kooperations- und Solidaritätsverhältnisses nur die Generationsdifferenzierung genannt, nicht jedoch die Geschlechtsdifferenzierung, also nicht das Ehesubsystem. Sie hat die Ehe nicht als essentielles Kriterium gewählt, weil es zu allen Zeiten und in allen Kulturen auch Familien gab und gibt, die nie auf einem Ehesubsystem beruht haben oder deren Ehesubsystem im Laufe der Familienbiographie durch Rollenausfall, infolge von Tod, Trennung oder Scheidung, entfallen ist. Diese Einsicht hat zur Konsequenz, daß auch alleinerziehende Mütter und Väter sowie nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern ebenfalls Familiensysteme sind (Nave-Herz, S. 5f.). (...)

Im Mittelpunkt des staatlichen Schutzes sollten künftig die Familie und die Kinder stehen. Die Tatsache, daß Eltern Verantwortung tragen, fordert den staatlichen Beistand heraus. Und nicht etwa der Umstand, daß zwei Menschen gemeinsam den Weg zum Standesamt gefunden haben. Die Ehe ist eine private Angelegenheit der Eheleute, die als solche keine steuerrechtliche Privilegierung verdient. Sie allein taugt nicht als Anknüpfungspunkt für Vergünstigungen und damit für Lasten der Solidargemein-

Herz fest, daß nach wie vor „die Verknüpfung der Vater- mit der Berufsrolle ... in unserer Gesellschaft einen hohen Grad an Verbindlichkeit besitzt“, und die Mutterrolle weiterhin Vorrang vor der Berufsrolle genießt (S. 123). (...) Die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Tat eines der drängenden gesellschaftlichen Probleme. Seit Jahren widmen sich Bundesministerinnen fast folgenlos der Vision einer familienfreundlichen Arbeitswelt. Doch immer wieder wird diese Frage in das Private ausgegliedert und damit den Frauen überlassen. Die Beschränkung der Teilzeitarbeit oder das Hinzuverdienen bleiben meist der einzige Ausweg. Die große Zahl der versicherungsrechtlich ungeschützten Arbeitsverhältnisse von Frauen perpetuiert das Problem bis in das Rentenalter. (...)

Teilzeitarbeit benachteiligt Frauen

Der Deutsche Juristentag hat sich im Vorjahr ... mit der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigt. Dort war man sich einig, daß ein neues und umfassendes Konzept für Teilzeitarbeit gesetzlich formuliert werden müs-



Auch alleinerziehende Mütter und Väter und ihre Kinder sind, ebenso wie nicht-eheliche Lebensgemeinschaften, Familiensysteme, die staatlichen Schutz verdienen.

schaft. Vielmehr sollten Familien ungeachtet des Familienstands ihrer Mitglieder staatlich gefördert werden. Das bedeutet, daß auch die Eltern eingeschlossen werden müssen, die unverheiratet zusammenleben oder das Kind allein betreuen. (...)

Mütterliche Erwerbstätigkeit

Folgen wir weiter der jüngsten Studie von Rosemarie Nave-Herz ... , dann gilt unsere Aufmerksamkeit der gestiegenen Erwerbstätigkeit von Müttern. Sie berichtet: „War 1950 erst jede vierte Mutter mit Kindern unter 18 Jahren erwerbstätig, so war es 1961 jede dritte, nunmehr jede zweite. Selbst von den Müttern mit Kindern unter sechs Jahren gehen über ein Drittel in Westdeutschland und zwei Drittel in Ostdeutschland einer Erwerbstätigkeit nach“ (S. 31). Die Tatsache der zunehmenden mütterlichen Erwerbstätigkeit hat zwar im Verein mit der stärkeren Partizipation der jungen Väter an der Sozialisation der Kinder einen Entdifferenzierungsprozeß zwischen der Mutter- und der Vater-Rolle eingeleitet. Aber treffend stellt Rosemarie Nave-

se. Voll- und Teilzeitarbeit sollen faktisch und rechtlich gleichgestellt werden. (...) Denn solange Teilzeitarbeit nur auf den unteren Rängen der Berufshierarchie angeboten wird und relativ ungeschützt ist, wird sie eine Sonderarbeitsform von Frauen und damit ein probates Mittel ihrer Benachteiligung bleiben.

Doch wie erreicht man, daß Teilzeitarbeit gleichermaßen von Frauen und Männern wahrgenommen wird? Durch egalitäre Normen, die Frau und Mann die Möglichkeit dieser Tätigkeitsform eröffnen, noch nicht. Das beweist das Angebot des Erziehungsurlaubs, das bekanntlich beiden Geschlechtern eröffnet wird und in den zurückliegenden Jahren wenig Gegenliebe bei den Vätern gefunden hat. - Doch wissen wir nur zu gut, daß es nicht allein eine Frage fortgeschrittenen Bewußtseins ist, ob Männern von den ihnen offenstehenden Möglichkeiten des Erziehungsurlaubs und der Teilzeitarbeit Gebrauch machen. Das hängt in erster Linie von der Wertigkeit der Berufspositionen der beiden Ehepartner und ihrer jeweiligen Einkünfte ab. Sind beide Beamte des höheren Dienstes, dann ist bei größter Bescheidenheit eine beidseitige Teilzeitbeschäftigung finanziell noch verkraftbar. An-

ders dagegen, wenn die Ehefrau - wie häufig - nur bescheiden hinzuverdient. Dann wirkt sich der Rückzug des besser verdienenden Ehemannes auf eine Teilzeitarbeit schon existenzbeeinträchtigend aus; denn die Verkürzung der Arbeitszeit ist eben nicht einkommensneutral. Sie verringert vielmehr die bisherigen Einkünfte und beeinflußt damit auch die Wahl, wer von beiden oder ob beide um der Betreuung der Kinder willen die Erwerbstätigkeit einschränken. Oder aber - und auch das ist eine zu bedenkende Alternative - sie entscheiden sich für eine uneingeschränkte Erwerbstätigkeit beider und gegen Kinder.

Spiros Simitis hat auf dem vorjährigen Deutschen Juristentag im Einklang mit anderen Gutachtern deutlich gemacht, daß man die Einstellung der betroffenen Eltern nicht mit einer Aufforderung zum Konsumverzicht oder durch das Preisenselbstloser familiärer Tätigkeit ändern könne. Das läßt sich nur über einen Lastenausgleich, der die Familienarbeit ernst nimmt, erreichen. Ohne eine Korrektur der Einkommensverteilung mit Hilfe von finanzwirtschaftlichen Maßnahmen wird sich das nicht leisten lassen. Das bisher praktizierte Ehegattensplitting ist auf den Prüfstand zu stellen. Last not least wird sich eine Entlastung der mit der Kindererziehung verbundenen Ausgaben nur durch eine höhere Inanspruchnahme derjenigen erreichen lassen, die keine Kinder haben.

Krise der Arbeitsgesellschaft

Die Chancen für ein solches grundlegend neues Konzept der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit sind nicht schlecht. Wir befinden uns in einer Krise der Arbeitsgesellschaft: Die Arbeit scheint uns auszugehen. Bereits dieser soziale Sachverhalt zwingt dazu, die Erwerbsarbeit anders zu verteilen,

gezei
stand
mit d
betei
Prof.
kan -
Sprac
Geist
nung
Prof.
zum
Philo
schaf
Prof.
Fach
Prof.
berei
indis
hori
ner A
erhie
boldt
Mark
entha
Bund
Prof.
ker an
20 B
Verha
CO-K
und I
Stadt
beite
ner
Rasse
Wisse
Dr. M
Facht
in Os
den k
veran
Kong
in ein
Osnab
der F
thik?

M
U
E
R
Mi
tis
bei
jed
und
Un
Um
För
Inf
Gre
4 M
ich
Vor
Stra
Post
Gree
17 3

Personalien



Prof. Dr. Helmut Freiwald, vor wenigen Wochen emeritierter Politologe, Fachbereich 3 Sozialwissenschaften, ist mit der Verdienstmedaille der Nicolaus-Kopernikus-Universität Thorn aus

gezeichnet worden. Freiwald war am Zustandekommen des Kooperationsvertrages mit der polnischen Universität maßgeblich beteiligt.

Prof. Dr. Dirk Grathoff, Germanist und Dekan des Fachbereiches 11 Literatur- und Sprachwissenschaften, ist zum Sprecher der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Planungsgruppe gewählt worden.

Prof. Dr. Siegfried Grubitzsch bleibt bis zum 30.9.95 als Dekan im Fachbereich 5 Philosophie, Psychologie, Sportwissenschaft im Amt. Anschließend übernimmt Prof. Dr. Michael Sukale die Leitung des Fachbereiches.

Prof. Dr. Klaus Hinsch, Physiker am Fachbereich 8 Physik, wird im nächsten Jahr den indischen Wissenschaftler Prof. Dr. R.S. Sirohi (Indian Institute of Technology) in seiner Arbeitsgruppe begrüßen können. Sirohi erhielt auf Vorschlag von Hinsch den Humboldt-Forschungspreis, der mit 100.000 Mark dotiert ist und einen einjährigen Aufenthalt an einer Forschungsstätte in der Bundesrepublik ermöglicht.

Prof. Dr. Ulrich Kattmann, Biologiedidaktiker am Fachbereich 7 Biologie, gehört zu den 20 Biologen (Genetiker, Anthropologen und Verhaltensforscher), die auf einer UNESCO-Konferenz gegen Rassismus, Gewalt und Diskriminierung vom 7. bis 12. Juni in Stadtschleing (Österreich) eine Stellungnahme der UNESCO zum Rassismus erarbeiten sollen. Kattmann wurde wegen seiner Veröffentlichungen zu biologischen Rassiskonzepten und zur Verantwortung der Wissenschaft in dieser Frage eingeladen.

Dr. Niels Knolle, Musikwissenschaftler am Fachbereich 2, ist einer der Organisatoren der in Osnabrück vom 7. bis 10. Juni stattfindenden Klangart '95 - einer internationalen Großveranstaltung für Musik und Elektronik, die Kongreß, Festival und Musitec (Fachmesse) in einem ist. Klangart findet zum 3. Mal in Osnabrück statt und setzt sich besonders mit der Frage „Digitale Medien - digitale Ästhetik?“ auseinander.



Prof. Dr. Werner Leibner, Mathematiker mit dem Schwerpunkt Geometrie, ist zum neuen Dekan des Fachbereichs 6 Mathematik gewählt worden. Er löst Prof. Dr. Klaus Floret ab. Leibner studierte in Frankfurt/Main Mathematik, schlug aber nach der 2. Prüfung für das Lehramt an Gymnasien die wissenschaftliche Laufbahn ein - zunächst als Assistent und Akademischer Rat an der Universität Bochum, wo er auch promovierte (1969). Nach einer Gastprofessur an der University of Waterloo (Ontario/Kanada) 1970/71 und seiner Habilitation (1974) erhielt er seine erste Professur an der Universität Bochum. Vier Jahre später nahm er den Ruf an die Universität Oldenburg an. Leibner ist seit 1974 Mitherausgeber der in Basel erscheinenden Fachzeitschrift "Journal of Geometry".

Prof. Dr. Jürgen Metzger ist als Dekan des Fachbereiches 9 Chemie wiedergewählt worden.



Prof. Dr. Monika Ortman, bisher an der Fachhochschule Magdeburg, ist zur Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Körperbehindertenpädagogik am Fachbereich 1 Pädagogik ernannt worden. Bevor Ortman Wissenschaftlerin wurde, durchlief sie mehrere Stationen des Ausbildung und Praxis im pädagogischen Bereich. Der Ausbildung zur Erzieherin und mehrjähriger Tätigkeit in einem Hort folgte ein 1972 ein Lehramtsstudium an der PH Göttingen. Nach Abschluß des zweiten Exams galt das Interesse Ortmanns lern- und körperbehinderten Kindern. Als sie 1982 das Zusatzstudium der Sonderpädagogik in Hamburg begann, hatte sie bereits mehrere Jahre in Behinderschulen gearbeitet. 1985 wurde sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sonder- und Heilpädagogik der FU Berlin, wo sie auch 1991 promovierte. 1993 erhielt sie einen Ruf an die Fachhochschule Magdeburg. Neben Körperbehindertenpädagogik und Integration von Behinderten in Regelschulen beschäftigt sich die Wissenschaftlerin in der Forschung mit Aidsprävention bei behinderten Kindern.

Prof. Dr. Peter Singer, Vizepräsident der Universität, ist für die Universitätsgesellschaft in den Aufsichtsrat der Wilhelmshaven EXPO-Gesellschaft gewählt worden. Die GmbH soll die Beteiligung der Nordseestadt als Außenstand der EXPO 2000 in Hannover planen und durchführen.

Dr. Peter Borrmann, FB 8, zum wissenschaftlichen Assistenten



Günther Schütte, Regierungsoberamtsrat und Abteilungsleiter der Personalabteilung, ist aus dem Dienst der Universität geschieden. Nach einer Verwaltungslehre in der Stadtverwaltung Brake hat Schütte am 1. März 1961 an der damaligen Pädagogischen Hochschule Niedersachsen (PHN), Abteilung Oldenburg, eine Stelle für Hochschulverwaltung und Personalwesen angetreten und die Personalabteilung von den Kinderschulen heraus entwickelt. „Damals kannten wir noch alle KollgInnen und waren mit den ProfessorInnen auf Du und Du“, berichtet Schütte aus der Zeit. Präsident Prof. Dr. Michael Daxner verabschiedete Schütte und würdigte seine Verdienste um die Universität.

Einstellungen im Wissenschaftsbereich

Horst Röbler, Wiss. Angest. im Projekt „Routes to the Roots“, Prof. Dr. Antonius Holtmann, FB 3, Pol.II

Einstellungen im Dienstleistungsbereich

Werner Rothenbusch, Maschinenschlosser, FB 9 (befr.)
Wondewosen Yema, Praktikant im Labor, FB 9 (befr.)
Dr. Ulrich Fischer, Verw. Angest. im Projekt CampusRadio, ZWW (befr.)

Aus der Universität ausgeschieden sind:

Oliver Reck, Azubi, ZEW
Gudrun Schumacher, Lehrkraft für besondere Aufgaben, Textilverwissenschaften, FB 2
Sonja Kratzmayr, Wiss. Angest., FB 4 / BWL I
Waltraud Gonczyk, Raumpflegerin, Dez. 4

Ernennungen

Ursula Hake, Dez. 2, zur Regierungsamtsrätin
Dr. Peter Kunkel, FB 6, zum Oberassistenten

Dr. Peter Borrmann, FB 8, zum wissenschaftlichen Assistenten

Dienstjubiläen

Prof. Dr. Horst Kurt Schminke, FB 7 (25 Jahre)
Prof. Dr. Peter Singer, FB 3 (40 Jahre)
Prof. Dr. Walter Thimm, FB 1, FW 2 (40 Jahre)
Prof. Dr. Erich Westphal, FB 1, FW 2 (40 Jahre)

Habilitation

Fachbereich 11

Dr. Thomas Berg, Fachgebiet „Anglistische Sprachwissenschaften“, Habilitationsschrift „Language Processing as a Reason for Linguistic Structure and Change“, Vortrag „Zur Modalitätsspezifität linguistischer Konstrukte“

Promotionen

Fachbereich 3

Salim Ali, Thema „Die sozioökonomische Bedeutung des Teeanbaus in Assam (1769-1947)“

Fachbereich 7

Ingrid Altenholtz, Thema „Die extrazelluläre Nuklease von *Serratia marcescens* SM6: Untersuchungen zur Aktivität in vitro und unter naturnahen Bedingungen und Verwendung in einem neu entwickelten bakteriellen Suizidsystem“
Karl Luber, Thema „Untersuchungen zur Chemischen Ökologie der Wüstenheuschrecke *Schistocerca gregaria* (Forsk.)“
Ewald Müller, Thema „Einfluß der Nitratreduktion auf die physiologische Adaption von *Carex sylvatica* Huds. und *Carex pseudocyperus* L. an anaerobe Substratbedingungen“

Fachbereich 9

Torsten Braams, Thema „Nitroaldite und Nitroenaldite: Neue geschützte Derivate“
Thorsten Kern, Thema „Die Reaktion ausgewählter Mono- und Disaccharide mit Cyanat, Thiocyanat und Cyanamid“
Harald Kopatz, Thema „Neue Verfahren zur Herstellung von Edukten für C-Glykosid-Synthesen über 1-Azide von 2,5-Anhydroalditolen“
Bernard Westerhoff, Thema „Untersuchungen zur Adsorption ausgewählter Sondenmo-

leküle an Münzmetallen und Metallen der Platinreihe mit Hilfe der in situ-FTIR-Spektroskopie“

Fachbereich 11

Gunter Nickel, Thema „Vom Ästhetizismus zur Politik. Die Rolle der Wochenzeitschrift 'Die Weltbühne' in der literarischen Kultur der Weimarer Republik“

Drittmittel

Biologie

- „Zoogeographische Beziehungen“, Prof. Dr. Horst Kurt Schminke (Zoologie), Förderer: DFG
- „Populationsbiologie planktischer Copepoda im Fachwasser vor Jubany“, Dr. Hans-Uwe Dahms (Zoomorphologie), Förderer: DFG
- „Bedeutung demersaler Drift für die Verbreitung von Meio- und Makrofauna in der Antarktis“, Dr. Hans-Uwe Dahms (Zoomorphologie) und Prof. Dr. Horst Kurt Schminke (Zoologie), Förderer: DFG
- „Methan in mangrovenböden“, Dr. Luise Giani (Bodenkunde), Förderer: DFG
- „Neurokognition“, Prof. Dr. Reto Weiler (Neurobiologie), Förderer: MWK, VW-Vorab

ICBM

- „Restaur. jüd. Friedhöfe“, Prof. Dr. Wolfgang E. Krumbein (Geomikrobiol./Geophysiol.), Förderer: Bundesumweltstift.

Mathematik

- „Symposium 2“ (International Symposium on Numerical Methods and Error-Bounds), Prof. Dr. Jürgen Herzberger (Angewandte Mathematik), Förderer: DFG

Pädagogik

- „Koop. ITH Budapest“, Prof. Dr. Otto Lange (Allg. Erz.wiss. u. Schulpäd.), Förderer: Weltbank

Physik

- „Joint Ocean Global Flux Study-Arab Meer“, Dr. Rainer Reuter (Angew. Physik), Förderer: BMT
- „Halbleiteroberflächen“, Prof. Dr. Rüdiger Memming (AG Regenerative Energiequellen), Förderer: VW-Stiftung

Raumplanung

- „Siedlungsentwicklung“, Prof. Dr. Klaus Brake (Stadt- und Regionalplanung), Förderer: Institut für Medienforschung und Urbanistik

Die **MENSCHEN** ÜBERZEUGEN

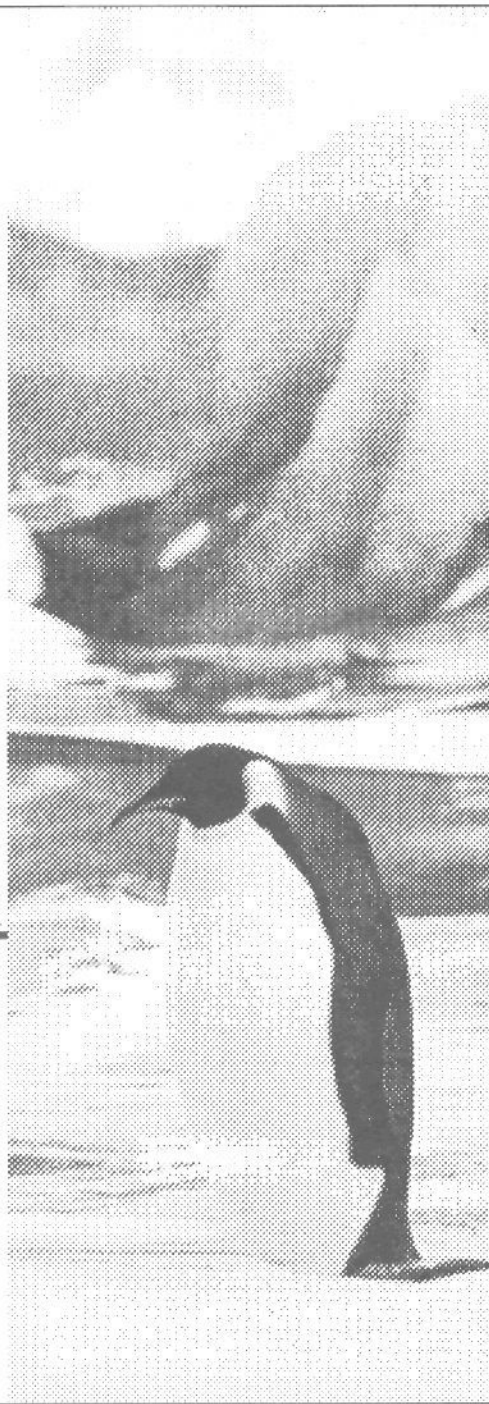
Die **ERDE** RETTEN

Mit einer Station in der Antarktis hat Greenpeace wirksam dazu beigetragen, daß 50 Jahre lang jede Ausbeutung der Rohstoffe und Bodenschätze verboten ist. Unterstützen Sie erfolgreichen Umweltschutz: Werden Sie Fördermitglied bei Greenpeace!

GREENPEACE

Informieren Sie mich, wie ich Greenpeace unterstützen kann. 4 Mark in Briefmarken lege ich bei.

Vorname/Name _____
 Straße/Hausnummer _____
 Postleitzahl/Ort _____ 02041
 Greenpeace e.V., 20450 Hamburg, Konto-Nr. 17 31 77, Ökobank, BLZ 500 901 00



LIVE - KONZERT



9.6.'95

Auf dem Schloßplatz OLDENBURG
EINTRITT FREI

Veranstaltungen und Termine

Donnerstag, 1. Juni:

- 17.00, Großer Hörsaal Wechloy, Vortrag „Dynamik flüssiger Grenzflächen und ihre Beeinflussung durch Tenside - mit Beispielen aus Biologie und Technik“ von Prof. Dr. Günter Kretzschmar (Berlin), (Chem. Koll.)
- 18.00, A6 4-418, Kolloquiumsvortrag „Städtenetze. Neue Entwicklungschancen durch interkommunale Kooperation?“ von Dr. Axel Prieb (Berlin), (Geografie/Raumplanung)
- 18.00, A1-0-009, Vortrag „Ist Vertrauen ein männliches Beziehungsmodell? - Überlegungen zur Ausgrenzung von Frauen aus hochqualifizierten Arbeitsbereichen“ von Dr. Margarete Deters (Berlin), (AK Wissenschaftlerinnen und Gleichstellungsstelle)

Dienstag, 6. Juni:

- 14.00, Birkenweg 5, Raum 108, Kolloquium „Universität Koblenz 2000; ein architekturpsychologischer Beitrag zur Gestaltung von Lernumwelten“, Referent: Dr. Rotraut Walden (Koblenz) und Studierende der Universität Koblenz, (Inst. z. Erf. v. Mensch-Umwelt-Bez.)

Mittwoch, 7. Juni:

- 17.15, W3-1-156, Vortrag „DNS-Euthanasie: Heilberufe im Dienst der Vernichtung“, Ingo Harms (Oldenburg), (AG Chemie und Gesellschaft)
- 18.00, A1 0-010, Internationale Bauausstellung Emscher-Park (IBA) Kolloquium mit Vortrag „Landschaftsentwicklung in einer alten Industrieregion“ von Prof. Arno Schmidt (Leonberg), (Institut f. Soz.)
- 18.00, Bibliothekssaal, Ringvorlesung „Weltmarkt für menschliches Leben“ mit Vortrag „Kinder als Ware oder: die letzte Chance“ von Frau Winter Stettin (Osnabrück), (Inst. Pol. II, FB 3, ASuA, ZWW)
- 20.00, Bibliothekssaal, Ringvorlesung „Über Muttersprachen und Vaterländer“ mit Vortrag „Mödersprake und Muttersprache: Standardisierung im Deutschen und Expansion“ von Prof. Dr. Wolfgang Rohde (Oldenburg), (FB 11)
- 20.00, Aula, Film „Gefährliche Liebschaften“, Regie: Stephen Frears, (Kino AG)
- 20.00, PFL, Seminarraum 2, Vortrag „Das philosophische Problem des Geistes und die Bedeutung neuronaler Netze“ mit Prof. Dr.

Sandro Nannini, (Filosofia Italiana/Philos. Koll.)

Donnerstag, 8. Juni:

- 16.00, Gästehaus der Universität, Vortrag „Die polnische Gesellschaft und das Bildungswesen in der Zeit des Umbruchs“ von Dr. Miroslaw Szymanski (Warschau), (Universität)
- 10.00, Kulturspeicher der VHS, Wallstr., Tagesseminar „Ein Zaun für den Frieden? Israels Situation in der jüngsten Entwicklung des Nahen Ostens“ mit Prof. Dr. Dan Shueftan (Haifa, Israel), Anmeldung erforderlich, (ZWW/VHS)
- 20.15, Bibliothekssaal, Vortrag „AIDS als Gefahr für den afrikanischen Kontinent“ von Anatol Minka (Kamerun), (AKA)

Freitag, 9. Juni:

- 14.00 Uhr, Bibliothekssaal, Vortrag „Wenn die Berge verschwinden - Palästinenser im Schatten der israelischen Besatzung“, Dr. Ali Qleibo (HGAS)

Redaktionsschluß für den Veranstaltungskalender Juli bis September: Mittwoch, 14. Juni 1995

Sonntag, 11. Juni:

- 20.00, Kulturetage, Konzert der Uni Big Band, (FB 2)

Montag, 12. Juni:

- 16.00, Bibliothekssaal, Vortrag „Manager in der russischen Transformationsgesellschaft“ mit Dr. Jochen Tholen (Bremen), (Inst. VWL II)
- 16.15, W2 1-148, Kolloquiumsvortrag „Dünnschichtdiamanten“ mit Prof. Dr. Lothar Ley (Erlangen), (Physik. Koll.)
- 18. 15, A6 1-111, Vortrag „Psychosoziale Praxis als Handeln in komplexen Systemen“ mit Prof. Dr. Günter Schiepek (Münster), (AE Psychologie im Gesundheitsw.)

Dienstag, 13. Juni:

- 18.00, Bibliothek Ebene 2, B 231, Videoreihe „Film und Literatur - Heinrich von Kleist im Film“ mit „Die Marquise von O.“, Regie: Eric Rohmer, (Prof. Dr. Dirk Grathoff/Mediothek)
- 20.00, Kulturzentrum PFL, Vortrag „Wozu eigentlich noch (Goethe) lesen?“ von Prof. Dr. Karl Otto Conrady (Köln), (FB 11 / Goe-

Semester Termine

Wintersemester 1995/96	
Orientierungsphase	09.10. - 13.10.1995
Beginn der Lehrveranstaltungen	16.10.1995
Weihnachtsferien	18.12.1995 - 06.01.1996
Ende der Lehrveranstaltungen	16.02.1996
Sommersemester 1996	
Orientierungsphase	09.04.1996
Beginn der Lehrveranstaltungen	15.04.1996
Ende der Lehrveranstaltungen	12.07.1996

the Gesellschaft)

Mittwoch, 14. Juni:

- 16.00, Bibliothekssaal, Vortragsreihe „20 Jahre Wirtschaftswissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität im Spannungsfeld von Theorie und Praxis“ mit Vortrag „Betriebswirtschaftliches Controlling als Instrument zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung“, Prof. Dr. Laurenz Lachnit (Oldenburg), (FB 4)
- 18.00, A1 0-010, Internationale Bauausstellung Emscher-Park (IBA) Kolloquium mit Vortrag „Kooperation und Widerstand in der Region“ von Dr. Heiderose Kilper (Gelsenkirchen), (Inst. f. Soz.)
- 18.00, Bibliothekssaal, Ringvorlesung „Weltmarkt für menschliches Leben“ mit Vortrag „Drogenhandel“ von Günther Amendt (Hamburg) in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Sucht- und Drogenprävention, (Inst. Pol. II, FB 3, ASuA, ZWW)
- 20.00, Bibliothekssaal, Ringvorlesung „Über Muttersprachen und Vaterländer“ mit Vortrag „Jiddisch - die Sprache der aschkenasischen Juden“ von Prof. Dr. Winfried Boeder (Oldenburg), (FB 11)

Donnerstag, 15. Juni:

- 17.00, Großer Hörsaal Wechloy, Vortrag „Neue Wege in der Produkt- und Prozeßentwicklung“ von Dr. Wolfram Wagner (Bayer AG, Leverkusen), (Chem. Koll.)
- 18.00, A6 4-418, Kolloquiumsvortrag „Aktuelle Raumordnungskonzepte. Von der monozentrischen dezentralen Konzentration zur interkommunalen Vernetzung“ mit Prof. Dr. Gerhard Stiens (Bonn), (Geographie/Raumplanung)

- 18.00, A1-0-009, Vortrag „Frauen im Nationalsozialismus - ein Versuch das Schweigen zwischen den Generationen zu überwinden“ von Dr. Ruth Waldeck (Frankfurt), (AK Wissenschaftlerinnen und Gleichstellungsstelle)

Freitag, 16. Juni:

- 16.00, Standort Wechloy, W4 1-162, Festkolloquium aus Anlaß des 60. Geburtstages von Prof. Dr. Peter Gorny (FB 10 Informatik)
- 18.00 c.t., Bibliothekssaal, Akademische Feier zum 60. Geburtstag von Bibliotheksdirektor Hermann Havekost

Montag, 19. Juni:

- 10.00, Katholische Hochschulgemeinde, Unter den Linden 23, Seminar „Training zum 'aufrechten Gang' gegen Gewalt“ mit Anne Broden (Münster), (KHG)
- 16.00, Bibliothekssaal, Vortrag „Raumfahrtförderung“ mit Dr. Gerold Dubbermann (Bochum), (Inst. VWL II)

Dienstag, 20. Juni:

- 18.00, Bibliothekssaal, Filmreihe „Androgynität in Kunst und Film“ mit „The Crying Game“, Regie: Neil Jordan, (Fach Kunst/Mediothek)

Mittwoch, 21. Juni:

- 16.00, Bibliothekssaal, Vortragsreihe „20 Jahre Wirtschaftswissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität im Spannungsfeld von Theorie und Praxis“ mit Vortrag „Anforderungen an das Wirtschaftswissenschaftliche Studium aus der Sicht der Wirtschaftspolitik“, Dr. Alfred Tacke (Nds. Wirtschaftsministerium), (FB 4)
- 18.00, A1 0-010, Internationale Bauausstellung Emscher-Park (IBA) Kolloquium mit Vortrag „Bilanz der ersten Halbzeit“ von Prof. Dr. Karl Ganser (Gelsenkirchen) / Dr. Manfred Sack (Hamburg), (Inst. f. Soz.)
- 18.00, Bibliothekssaal, Ringvorlesung „Weltmarkt für menschliches Leben“ mit Vortrag „Genhandel - Patente auf das Leben zur Vermarktung der menschlichen DNS“ von Dan Leskien (Hamburg), (Inst. Pol. II, FB 3, ASuA, ZWW)
- 20.00, Kammerrmusiksaal, Konzert: „Kammerrmusik Amerikanischer Komponisten des 20. Jahrhunderts“ mit Trio Bravo, (FB 2)

Donnerstag, 22. Juni:

- 17.00, Großer Hörsaal Wechloy, Vortrag „Bakterielle Triterpenoide der Hopanreihe: von den molekularen Fossilien zu einem neuen Weg für die ersten Stufen der Isoprenoid-

- biosynthese“ von Prof. Dr. Michel Rohmer (Straßburg), (Chem. Koll.)
- 20.00, Vortrag „STASI und die Studentengemeinden in der DDR“ mit Peter Paul Straube (Nordhorn), (KHG)

Montag, 26. Juni:

- 16.00, Bibliothekssaal, Vortrag „Umweltpolitik im Oligopol“ mit Prof. Dr. Udo Ebert, (Oldenburg), (Inst. VWL II)

Dienstag, 27. Juni:

- 18.00, Bibliothek Ebene 2, B 231, Videoreihe „Film und Literatur - Heinrich von Kleist im Film“ mit „Die Marquise von O.“, Regie: Jürgen Syberberg, (Prof. Dr. Dirk Grathoff/Mediothek)

Mittwoch, 28. Juni:

- 18.00, Bibliothekssaal, Ringvorlesung „Weltmarkt für menschliches Leben“ mit Podiumsdiskussion, (Inst. Pol. II, FB 3, ASuA, ZWW)
- 20.00, Vortragssaal der Landesbibliothek, Vortrag „Die ethischen Grundlagen des Sprechens“ mit Aldo Gargani (Pisa), (Filosofia Italiana/Philos. Koll.)
- 20.00, Bibliothekssaal, Ringvorlesung „Über Muttersprachen und Vaterländer“ mit Vortrag „Sprachen und Nationen zwischen Moskau, Kiew und Minsk - der ostslawische Raum“ von Prof. Dr. Gerd Hentschel (Oldenburg), (FB 11)

Donnerstag, 29. Juni:

- 18.00, A1-0-009, Vortrag „Gurs ist eine Wüste in Frankreich“ von Dr. Gabriele Mittag (Berlin), (AK Wissenschaftlerinnen und Gleichstellungsstelle)

Schlußpunkt

„Die Finanzautonomie ist ganz gewiß kein Mittel zur wunderbaren Geldvermehrung. Sie kann nur akute Probleme lindern, aber die Unterfinanzierung der Hochschulen nicht ausgleichen.“

Prof. Dr. Manfred Bormann, Rektor der Ruhr-Universität Bochum, in der Süddeutschen Zeitung vom 16. Juli 1994

OLDENBURGISCHES STAATSTHEATER

MUSICAL-SOMMER

23. u. 27.6. LA CAGE AUX FOLLES
24. u. 26.6. ANATEVKA
25. u. 28.6. LINIE I
29. u. 30.6. und 1.7. SONG & DANCE

Alle Vorstellungen im freien Verkauf! • Karten und Infos: Tel. 04 41 / 2 57 80

SB-Waschsalon

Mach aus Deinem Washtag eine Waschstunde

blitzsauber und puprocken



Bloherfelder Str. 200

HORIZONT REISEN

...erfrischend anders...

Bahnstraße 11
26122 Oldenburg
Tel.: 0441 - 26133
Fax.: 0441 - 26466

sicher ist sicher!

bürogemeinschaft rita korn

versicherungen
geldanlagen
finanzierungen
immobilien

hier werden frauen von frauen beraten
buchtstraße 14
26122 oldenburg
telefon 04 41 - 50 49 29
telefax 04 41 - 50 52 83

Carl von Ossietzky Buchhandlung
Die Buchhandlung in der Universität

Wir empfehlen:

Klaus Brake, Rainer Krüger

„Oldenburg im Profil“

26.00 DM

Universität, Uhlhornsweg
Telefon (04 41) 7 16 77
Fachliteratur für alle Fachbereiche
Semesterliteratur

Natürlich gut
Bioland
Vollwertbäckerei

Unser Brot gibt's in Ihrem Naturkostladen in Oldenburg und umzu

Landbäckerei Diekhaus

Hauptstr. 59, 49424 Goldenstedt Telefon 0 44 44 / 28 06

WIR DRUCKEN
Prospekte, Broschüren, Formulare, Plakate, Preislisten, Etiketten, Handzettel usw.

0441-77 50 50
Fax 77 50 53
POSTHALTERWEG 1 B • 26129 OL



Was tut man nicht alles, um unser ZAKK Jugendpaket zu bekommen.

Wer bei der OLB auf ZAKK sein will, der muß vor allem eins sein: Schüler oder Student. Auszubildender oder Wehr- oder Ersatzdienstleistender. Dann gibt's das zeitgemäße Anlage- und Kontokonzept für junge Leute mit allen wichtigen Bankdienstleistungen und guten Ideen. Direkt von der OLB. Auch, wenn Sie noch nicht Kunde bei uns sind.

Die Bank, die hier zu Hause ist.

OLDENBURGISCHE LANDESBANK